

# SCHWEIZER FREISINN

Karikatur Aus den Kantonen	3 6	Werkplatz Schweiz Brennpunkt	8 10	FDP-Frauen Unter Freisinnigen	14 16	Fraktion Jungfreisinnige	17 18
-------------------------------	--------	---------------------------------	---------	----------------------------------	----------	-----------------------------	----------

32. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

## Inhalt

### «Verflixt viel Staat»

FDP. Die Liberalen kämpft für mehr und bessere Arbeitsplätze. Welche Faktoren für den Erfolg grosser Arbeitgeber in der Industrie entscheidend sind, erzählt Fred Gaegauf, Geschäftsführer eines Maschinenbauunternehmens, im Interview.

Seiten 8, 9

### Computerspiele – Killerspiele?

In den Medien wird viel über die sogenannten «Killergames» berichtet, und im Parlament gibt es Versuche, gewisse Computerspiele ganz zu verbieten. Was ist aus liberaler Sicht davon zu halten? Und was sind «Killerspiele» überhaupt? Ein Erlebnisbericht.

Seite 13

### «Benjamin» der Fraktion

Er ist das jüngste Mitglied der FDP-Fraktion – und durchaus stolz auf den Titel «Benjamin»: der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen. Lesen Sie, welche Leidenschaft für Politik ihn antreibt. Und warum ihm ein normales Leben trotzdem wichtig ist.

Seite 17

### FDP-Erfolg in der Ausländerpolitik

Die FDP will Ausländer, die schwere Straftaten begehen, ausschaffen. Die Ausschaffungs-Initiative hat aber gravierende Mängel. Die FDP lancierte erfolgreich einen direkten Gegenvorschlag.

Seite 21



Die Aktionäre sollen mehr Einflussmöglichkeiten erhalten.

BILD: EQ

## Ein zu enges Korsett

### Grosses Streitgespräch zur «Abzocker-Initiative»

Seit einigen Monaten wird diskutiert, wie Boni-Exzesse in einigen Unternehmen wirkungsvoll unterbunden werden können und die Aktionäre mehr Mitspracherecht erhalten. Die FDP unterstützt diese Ziele. Doch ist die Abzocker-Initiative die richtige Lösung?

Aus liberaler Sicht geht die Initiative deutlich zu weit: Sie legt allen börsenkotierten Unternehmen ein zu enges Korsett an und gefährdet damit Zehntausende Arbeitsplätze. FDP. Die Liberalen arbeitet deshalb intensiv an einem direkten und einem indirekten Gegenvorschlag mit. In der vergange-

nen Frühlingsession befasste sich der Nationalrat mit dem Thema.

Im «Schweizer Freisinn» diskutieren die FDP-Fraktionspräsidentin Gabi Huber und der Initiator Thomas Minder über die Initiative.

Seiten 10, 11

Managed Care und Spitalfinanzierung

# 1. Januar 2012 – Tag der Gesundheitsreformen

**Dr. med. Ignazio Cassis,**  
Nationalrat TI

Der 1. Januar 2012 wird zum Tag der Gesundheitsreformen! Im stationären Bereich wird endgültig die neue Regelung der Spitalfinanzierung in Kraft treten und in der ambulanten Behandlung die Reform der integrierten Versorgung (Managed Care). Die erste Reform ist bereits entschieden, die zweite sollte das Parlament bis Ende 2010 verabschieden. So viel Neues im Gesundheitsland Schweiz, das generell mit Reformen Mühe hat, ist eine wahre Freude.

### Jagd der Billigkassen erschwert

Ab 2012 werden alle öffentlichen und privaten Spitäler und Kliniken «dual fix» finanziert. Das bedeutet, dass 55% ihrer Kosten durch kantonale Steuererträge und 45% durch die Versicherungsprämien gedeckt werden. Das heute noch mehrheitlich auf Tagespau-



Ignazio Cassis

schalen eingestellte Rechnungssystem der Spitalleistungen wird auf Fallpauschalen umgestellt: die sogenannten «Swiss DRG». Leistungen sollen somit nach Krankheitsbildern unterschiedlich verrechnet werden, was die Transparenz erhöht. Gleichzeitig wird der Risikoausgleich verbessert und die Jagd der Billigkassen nach guten Risiken erschwert. Kommt auch die Managed-Care-Vorlage durchs Parlament, ma-

chen wir einen zusätzlichen wichtigen Schritt hin zu einem gesunden Gesundheitswesen. Diese Reform wird voraussichtlich in der Sommersession vom Nationalrat beraten. Bis heute ist keine nennenswerte Opposition erkennbar, und unser Bundesrat Didier Burkhalter unterstützt sie mit grossem Engagement. Ihr Hauptziel ist die Verbesserung der Behandlungsqualität mittels Steuerung des Patienten durch die ganze Behandlungskette. Patienten haben zudem finanzielle Anreize, um sich in einem integrierten Versorgungsnetz betreuen zu lassen: Prämienreduktion und maximal 10% Selbstbehalt mit bescheidenem Höchstbetrag (wahrscheinlich wie heute 700 Franken).

### Eigenverantwortung gestärkt

Ganz im liberalen Sinn werden sie nicht zur neuen Versorgungsform gezwungen, müssen jedoch Nachteile in Kauf nehmen, wenn sie das bisherige System beibehalten wollen: höhere

Prämien, einen Selbstbehalt von 20% und einen doppelten Höchstbetrag des Selbstbehalts. Ärzte und andere Leistungserbringer bekommen medizinisch und finanziell mehr Verantwortung – Teamarbeit und resultatorientierte Betreuung werden sich mehr lohnen. Die Versicherer müssen ihre Strategien ändern und die optimale Versorgung ihrer Versicherten auf die Fahne schreiben.

All diese Reformen haben etwas gemeinsam: Die Konkurrenz der Leistungsanbieter wird gestärkt und die Eigenverantwortung aller Akteure verstärkt. Ganz im Sinn der Gesundheitsstrategie der FDP. Die Liberalen vom Januar 2010. Ich bin wirklich davon überzeugt, dass wir am 1. Januar 2012 an einer Wegmarke stehen und endlich einen Schritt in die richtige Richtung machen werden!

## Das neue Präventionsgesetz – ein liberales Anliegen

Am 23. Januar haben wir – die FDP. Die Liberalen – die Strategie für das «Gesundheitsland Schweiz» verabschiedet. Sie ist eindeutig liberal und stellt Qualität, Wahlfreiheit und Eigenverantwortung im regulierten Wettbewerb in den Mittelpunkt. Elf Forderungen über alle wichtigen Bereiche der Gesundheitspolitik wurden diskutiert und von der Delegiertenversammlung genehmigt: von der transparenten Information über die Behandlungsqualität zur integrierten Versorgung, bis hin zur Förderung von eHealth, Monismus, Vertragsfreiheit und Prävention.

Beim letzten Punkt, der Prävention, stehen wichtige Entscheide an. Die SGK diskutiert ab dem 25. März den Entwurf des Präventionsgesetzes. Es geht dabei um ein Organisationsgesetz, dass die Steuerung und die Koordination im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung verbessert werden. Ich bin überzeugt, dass wir mit Hilfe dieses Gesetzes bewährte Strategien national weiterentwickeln und so auch einen wichtigen Beitrag zum Bremsen des Kostenanstiegs leisten können. Dieses Gesetz wird nicht zu Mehrkosten führen, sondern der Effizienzsteigerung dienen.

Bewährt hat sich die Prävention in den letzten Jahrzehnten in vielen Bereichen: von der Zahngesundheit über die Verhinderung von Strassenunfällen bis zum Lungenkrebs (Passivrauchgesetz von Felix Gutzwiller) und Brustkrebs (Screening-Programme). Stets wurde dabei darauf geschaut, dass unterschiedliche Massnahmen sich optimal ergänzen: Erziehung in der Schule und Information für die Bevölkerung, verbunden mit sinnvollen Bestimmungen wie etwa die Gurtentragpflicht oder die 0,5-Promille-Limite. Die Kostenwirksamkeit von Präventionsmassnahmen wurde in verschiedenen Studien belegt: so zum Beispiel in der jüngst veröffentlichten INFRAS-Studie der VIPS (Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz).

Das neue Präventionsgesetz wird dafür sorgen, dass Doppelspurigkeiten verschwinden zwischen Bund, Kantonen und Gesundheitsligen. Mit gemeinsam erarbeiteten nationalen Zielen wird die Grundlage gelegt für eine kohärente Strategie und einen effizienten Mitteleinsatz. Die Kantone bleiben die Drehscheibe der Prävention, und die Strukturen werden vereinfacht: Anstatt dreier verschiedener Betriebe mit je einer Verwaltung, einer Buchhaltung, einer In-

ternetseite usw. (Gesundheitsförderung Schweiz, Tabakpräventionsfonds und die Abteilung Präventionsmassnahmen des BAG) wird nur noch eine Organisation tätig sein mit entsprechenden Effizienzgewinnen.

Mein Fazit: Im Bereich der Prävention liegt ein Potenzial, dessen Nutzung für die Schweiz unverzichtbar ist, wenn unser Gesundheitswesen bezahlbar bleiben soll. Beim neuen Präventionsgesetz geht es um eine bessere Organisation der Prävention und keineswegs um eine Einschränkung der Rechte des Bürgers, wie einige befürchten. Die FDP. Die Liberalen fordert deshalb, dass bis 2013 ein Organisationsgesetz zur nationalen Verbesserung der Steuerung, der Koordination und der Effizienz verabschiedet wird. Gleichzeitig setzt sich unsere Partei gegen neue Steuern (z. B. eine Fettsteuer) und Verbote im Gesundheitsbereich sowie für die Stabilisierung der staatlichen Ausgaben für Prävention ein.

**Ignazio Cassis**



Aktuell

# Bundesratsentscheid zur Revision des Bundespersonalgesetzes

Der Bundesrat beschliesst, die Revision des Bundespersonalgesetzes zurückzustellen. Die *FDP.Die Liberalen Service public* nimmt mit Erstaunen von diesem Entscheid Kenntnis.

**Beat Schlatter, Präsident a. i.**

### Aktuelles

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 12. 3. 2010 beschlossen, die Revision des Bundespersonalgesetzes bis zur Verabschiedung einer umfassenden Bundespersonalstrategie zurückzustellen.

Im Herbst 2008 hatte der Bundesrat einen Vorschlag für die Revision des Bundespersonalgesetzes in die Vernehmlassung gegeben. Der Entwurf sah eine Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und eine weitere Annäherung des Bundespersonalrechts an die Bestimmungen des Obligationenrechts vor.

Mit diesem Schritt hätte der Bund ein modernes und wettbewerbsfähiges Arbeitsrecht erhalten, welches auch künftigen Anforderungen gerecht geworden wäre.

Eine überwiegende Mehrheit der Kantone, Gerichte und Arbeitgebervertreter unterstützten diese Stossrichtung. Ebenso die *FDP.Die Liberalen Service public*. Seitens der linken Personalverbände wurde die Vorlage weitgehend abgelehnt.

Überraschend in diesem Zusammenhang ist, dass die *FDP-Service-public* ihre Stellungnahme über die FDP Schweiz eingereicht hat, da sie sich an die politischen Prozesse hält, weil man nicht in den entsprechenden Gremien vertreten ist. Wenn man nun den Vernehmlassungsbericht liest, stellt man fest, dass nebst allen andern sozialistischen Organisationen auch eine «SP-Gruppe Bundespersonal» in die Vernehmlassung einbezogen wurde, die *FDP-Service-public* jedoch nicht direkt angefragt wurde. In der Folge ist es dann auch nicht erstaunlich, dass unter Abs. 3 Seite 5 Punkt 3 vermerkt ist: «Alle teilnehmenden Personalverbände sind gegen die Vorlage, da diese einseitig zuungunsten der Arbeitnehmenden ausgefallen und



Beat Schlatter

das Verhandlungsangebot der Sozialpartner nicht genutzt worden sei ...»

Mit Befremden nimmt die *FDP-Service-public* davon Kenntnis, dass sie auch einen Teil der politisch interessierten Bundesangestellten bei sich vereinigt, jedoch im Zusammenhang mit der Vernehmlassung niemals zu einer Stellungnahme eingeladen wurde.

Ebenso stellt die *FDP-Service-public* fest, dass aus der Rückstellung resultiert, dass sich der Bund als moderner Arbeitgeber weiterhin nicht positionieren will.

### Vergangenes

Am 10. Februar fand ein Vortrag mit dem Vizepräsidenten des Bundesverwaltungsgerichtes, Herrn Markus Metz, statt. Herr Metz verstand es mit seinen ruhigen, sachlichen und sehr kompetenten Informationen, das Publikum in seinen Bann zu nehmen und uns die spannende Tätigkeit des Bundesverwaltungsgerichtes näherzubringen.

Am 16. März wurde der jährlich von der FDP-Bundeshausfraktion organisierte Fraktionsapéro durchgeführt. In der Person von Korpskommandant André Blattmann, Chef der Armee, konnten wir frühzeitig einen Referenten gewinnen, welcher es hervorragend verstand, die Problematiken und Schwierigkeiten der Armee zu erläutern. Aufgrund vorgängiger Presse-

präsenz konnte der Anlass an Aktualität kaum mehr überboten werden. Dies zeigte auch der grosse Aufmarsch von

Mitgliedern der *FDP-Service-public* und von eidgenössischen Parlamentariern.

**Internet: [www.fdp-od.ch](http://www.fdp-od.ch)**

### Möchten Sie Mitglied werden?

Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert?

Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter (079 582 39 20) an oder finden Sie unter [www.fdp-od.ch](http://www.fdp-od.ch) das entsprechende Anmeldeformular.

## Veranstaltungskalender 2010

### 27. Mai 2010

Besuch Kanton Solothurn

17.30 Uhr Besichtigung der Stadt Solothurn auf der Aare: Aarefahrt

18.30 Uhr Begrüssung durch den Stadtpräsidenten Kurt Fluri

anschliessend: Apéro

anschliessend: fakultatives Nachtessen

### 14. Juni 2010

Referat Adelheid Bürgi-Schmelz IMF

18.30 Uhr Besuch Medienzentrum Bern

19.00 Uhr Vortrag IMF

anschliessend: Apéro

### 25. August 2010

Boccia-Anlass mit Nachtessen

18.00 Uhr Bocciaspiel

19.30 Uhr Nachtessen

### 8. September 2010

Referat Direktor BIT Marius Redli

Ort: Zunfthaus zur Webern

18.30 Uhr Referat

anschliessend: Apéro

### 4. November

Generalversammlung vom 4. November 2010

*FDP.Die Liberalen* Öffentlicher Dienst

18.00 Uhr GV

19.00 Uhr Apéro

Ort: Zunfthaus zur Webern

www.fdp-international.com

## Schritt in die Zukunft

Die FDP International überarbeitet ihre Website. Das Ziel ist klar: gute und wertvolle Informationen zur Verfügung stellen. Ausserdem soll der Austausch zwischen den Mitgliedern gefördert werden.



Stockholm

BILD: AUSTROPHOTO



Frankfurt

BILD: SEPP SPIEGL

Nachdem die *FDP.Die Liberalen Schweiz* ihr neues Webkonzept vorgestellt hat, arbeitet die FDP International daran, dieses für ihren eigenen Webauftritt zu übernehmen und anzupassen. Dabei sollen die spezifischen Informationsbedürfnisse der Auslandschweizer im Vordergrund stehen. Aber auch die neuen Möglichkeiten bezüglich Web 2.0 werden in Zukunft berücksichtigt.

### Web 2.0

Das Ziel des neuen Webauftritts ist, den Auslandschweizern einen möglichst guten Überblick über die für sie relevanten Themen zu geben. Dazu werden in erster Linie politische Informationen und Medienmitteilungen auf der neuen Website verfügbar sein. Mit einem prominent platzierten Newsticker können sie sofort das für die Auslandschweizer aktuellste und relevanteste Politthema erfahren. Vorstösse unserer Parteixponenten werden dabei genauso berücksichtigt wie Communiqués der Mutterpartei. Weiter bietet die Website eine Vielzahl von

wichtigen Tipps für Auslandschweizer – besonders stimm- und wahlrechtliche Fragen sollen besser erklärt werden, damit die Auslandschweizer ihre Rechte auch in Anspruch nehmen können.

Eine Besonderheit der neuen Website bietet die direkte Einbindung von Web-2.0-Anwendungen. Damit soll die Verbindung und Kommunikation zwischen den Mitgliedern untereinander und der Schweiz nachhaltig verbessert werden. Der für die Partei zentrale Austausch zwischen den Mitgliedern wird so in Zukunft einfacher und schneller funktionieren können.

### Gestalten Sie mit

Der Vorstand der FDP International arbeitet im Moment aktiv am Detailkonzept, um das Ziel möglichst rasch zu erreichen. So müssen die genauen Inhalte definiert und die entsprechenden Informationen aufbereitet werden. Sobald der neue Webauftritt der FDP Schweiz steht, wird dann auch die FDP International mit dem Aufbau der neuen Website beginnen können. So

hat sich der Vorstand das Ziel gesetzt, im Sommer mit der neuen Seite online zu sein. Dann wird die FDP International auch über Facebook direkt mit ihren Mitgliedern verbunden sein.

Aber auch Sie haben die Möglichkeit, aktiv mitzugestalten: Falls Sie selbst Ideen bezüglich der Inhalte haben, schreiben Sie uns eine E-Mail an [lanz@fdp.ch](mailto:lanz@fdp.ch).

### Ihre Ansprechpartner im Vorstand:

Annette Schömmel, Präsidentin, Rüslikon	neu
<a href="mailto:annette.schoemmel@arthesia.com">annette.schoemmel@arthesia.com</a>	
Helen Freiermuth, Jinan/Chinaneu	neu
<a href="mailto:HelenFreiermuth@aol.com">HelenFreiermuth@aol.com</a>	
François Baur, Basel und Brüssel	neu
<a href="mailto:francois.baur@economiesuisse.ch">francois.baur@economiesuisse.ch</a>	
Rudolf Wyder, Bern	bisher
<a href="mailto:wyder@aso.ch">wyder@aso.ch</a>	
Stefan Brupbacher, FDP-Generalsekretär	bisher
<a href="mailto:brupbacher@fdp.ch">brupbacher@fdp.ch</a>	

### Mitglieder des Parlamentarierbeirats:

Peter Briner, Ständerat Schaffhausen  
 Martine Brunshwig Graf, Nationalrätin Genf  
 Corina Eichenberger, Nationalrätin Aargau  
 Doris Fiala, Nationalrätin Zürich  
 Christa Markwalder, Nationalrätin Bern

Volksinitiative Ladenöffnungszeiten im Kanton Zürich

### Damit der Kunde wirklich König ist!

**Die FDP will die staatliche Bürokratieflut bekämpfen. Unter dem Motto «Bürokratieabbau JETZT!» steht auch die Volksinitiative «Der Kunde ist König». Sie verlangt die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten im Kanton Zürich.**

Die Erfahrungen der Geschäfte in Flughäfen, Bahnhöfen und an Tankstellen zeigen, dass auch nach Feierabend und an Sonntagen ein sehr grosses Kundenbedürfnis besteht. Die Arbeits-, Lebens- und Konsumgewohnheiten haben sich in den letzten

Jahren drastisch verändert. Viele Konsumenten möchten heute frei entscheiden, wann sie einkaufen: Am Abend nach der Arbeit, in der Nacht nach dem Kino oder Theaterbesuch, frühmorgens nach dem Ausgang oder am Sonntag.

#### Widersinnige Regelung

Doch der Staat verbietet es heute den «normalen» Geschäften, für die offensichtliche Nachfrage auch das entsprechende Angebot bereitzuhalten. Auch dass Touristen aus aller Welt sonntags vor den Schaufenstern geschlossener Geschäfte stehen, ist wi-

dersinnig. All dies ist die Folge unnötiger staatlicher Regulierung. Diesen Missstand will die FDP Kanton Zürich mit ihrer Initiative «Der Kunde ist König» beheben. Die kantonale Volksinitiative verlangt eine weitgehende Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten im Kanton Zürich. Natürlich geht es nicht darum, dass alle Läden im Kanton geöffnet haben müssen – sondern darum, dass es den Geschäftsinhabern freistehen soll, selbst über die Öffnungszeiten zu entscheiden. Wir wollen, dass der Markt die Öffnungszeiten regelt und nicht der Staat.

#### Gericht legt Verkaufssortiment fest

Folge der unsinnigen Regulierung ist der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichtes, dass Tankstellenshops von ein bis fünf Uhr nachts nur ein beschränktes Angebot verkaufen dürfen. Solche unsinnige Verbote gilt es mit einer Gesetzesänderung zu beseitigen. Die Unterschriftensammlung gegen diese unsinnige Bürokratie läuft erfolgreich.

Kanton Luzern

### Ortsparteiprääsidenten-Konferenz vom 25. März 2010 in Nottwil

Am 25. März 2010 konnten fast 70 Ortsparteivertreter im Restaurant Krone in Nottwil begrüsst werden. Peter Schilliger (Präsident *FDP.Die Liberalen Luzern*) informierte in seiner Standortbestimmung ausführlich über die wichtigsten Themen. Im Mittelpunkt stand die Finanzmarktstrategie der FDP. Anschliessend informierte Fulvio Pelli (Präsident der *FDP.Die Liberalen*) in einem kurzweiligen Referat über aktuelle politische Themen und machte einen Ausblick auf die Wahlen 2011. Im Anschluss beantwortete er offen und ausführlich die zahlreichen Fragen.

Parteipräsident Peter Schilliger und Geschäftsführer Sascha Kretz informierten die Ortsparteiprääsidenten über den Stand der Wahlkampf vorbereitungen. Albert Vitali (Fraktionschef der *FDP.Die Liberalen Luzern*) ging in seinem Referat auf die Staatsrechnung 2009 und das Entlastungspaket 2011 ein.

Nach einer abwechslungsreichen Konferenz wurden die Ortsparteivertreter zu einem feinen Apéro eingeladen. Hier konnten die interessanten Gespräche weitergeführt und vertieft werden.

#### Impressionen von der Ortsparteiprääsidenten-Konferenz



## Postpolitik

## Wettbewerb und Service public

Der Bundesrat hat am 20. Mai 2009 die Botschaft für ein neues Postgesetz (09.049) zuhanden des Parlamentes verabschiedet. Der wichtigste Punkt in dem neuen Gesetz ist die vollständige Marktöffnung, d. h. die Abschaffung des heute noch bestehenden Briefmonopols der Schweizerischen Post. Die Beratung der beiden Gesetzesvorlagen wird im Mai 2010 wieder aufgenommen werden.

**Nationalrat Markus Hutter (ZH),  
Vizepräsident FDP.Die Liberalen**

Ein Grund für das zögerliche Vorgehen ist die Sorge um den Service public. Abgelegene Regionen, wo die Kosten der Zustellung höher sind, sollen nicht benachteiligt werden.

Vor diesem Hintergrund wird sich die FDP-Deputation bei den Beratungen zum Postgesetz dafür einsetzen, dass von der Liberalisierung des Schweizer Postmarkts Konsumenten und Unternehmer profitieren durch besseren Service bei der Grundversorgung, hochwertige Produkte und geringere Preise.

Unser Ziel ist es, mit dem neuen Postgesetz neue Freiheiten zu schaffen – für die Post und die neuen Wettbewerber. Heute sind wir alle noch gefangen im Monopol.

- Der Kunde, der am Samstagmittag vor der geschlossenen Poststelle steht und seinen A-Post-Brief im Sonderformat für den Geburtstag der Schwiegermutter am Montag nicht mehr loswird.
  - Die Konkurrenten, die gerne den Brief annehmen würden, ihn aber gar nicht annehmen dürfen wegen des Monopols.
  - Und schliesslich die Post, die wegen der Auflagen der Politik ihre Poststellen nicht so organisieren kann, wie sie es gerne möchte.
- Vor diesem Hintergrund liegt die Vermutung eigentlich nahe, dass alle Akteure mehr Freiheit wollen:
- Die Post möchte gerne ihr Angebot wirtschaftlicher ausgestalten, ohne lästige Auflagen der Politik.
  - In- und ausländische Investoren möchten mit attraktiven Produkten und Dienstleistungen in einen neuen Markt einsteigen.
  - Die Konsumenten erträumen sich viele Anbieter mit grosser Auswahl,



Die Post mit neuen Freiheiten auf die Zukunft vorbereiten.

BILD: KEYSTONE

langen Öffnungszeiten auch am Samstag und günstigen Preisen; noch dazu postalische Angebote, die überall und in guter Qualität verfügbar sind.

Wenn jeder von solchen Freiheiten träumt, spricht eigentlich nichts dagegen, das Monopol aufzuheben. Dafür sprechen auch die Erfahrungen: Seit der Paketmarkt in der Schweiz 2004 vollständig liberalisiert worden ist, bieten verschiedene Postunternehmen ihrer Kundschaft einen spezifischen Paketservice an. Die Konsumenten haben im liberalisierten Paketmarkt die Möglichkeit, von verschiedenen Angeboten zu profitieren. Doch obwohl private Postanbieter teilweise günstigere Konditionen anbieten, orientieren sich die meisten Konsumentinnen und Konsumenten nach wie vor an der

Schweizerischen Post. Es zeigt sich, dass das dichte Poststellennetz der Post – schweizweit sind es ca. 2500 Poststellen – ein immenser Standortvorteil gegenüber privaten Anbietern ist. Mit der Marktöffnung sind sämtliche Postanbieter generell kundenfreundlicher geworden: Vereinzelt Postfilialen der Schweizerischen Post sind beispielsweise auch am Wochenende bis spätabends geöffnet; dies trifft auch bei einigen Annahmestellen von DHL und DPD zu.

Dieses Beispiel zeigt, dass die Marktöffnung und die Aufhebung des Monopols die Grundversorgung und schliesslich die Existenz der Post, inklusive ihrer Arbeitsplätze, nicht gefährden. Wer behauptet, die Aufhebung des Monopols gefährde die Grundversorgung, spricht nicht vom

Service public, sondern meint Protektionismus. Mehr Freiheiten für die Post sind aber nicht zum Nulltarif zu haben. Im Interesse der Volkswirtschaft ist für mich klar und logisch, dass Marktöffnung und Freiheiten für den Ex-Monopolisten Hand in Hand kommen müssen. Das heisst unter anderem, dass die Infrastruktur der Post gegen Entgelt auch von den Wettbewerbern der Post genutzt werden kann. Ich bin überzeugt, dass wir genügend Instrumente haben, um in einem regulierten Markt die Bedienung aller Regionen und Zielgruppen mit Infrastrukturdiensten zu sichern. Und dass der Markt und der «Wettbewerb der Ideen» dazu führen werden, dass die Grundversorgung noch besser werden kann.

Gespräch mit Fred Gaegauf

# Wir sind auch ein Produktionswerkplatz!

Fred W. Gaegauf ist Geschäftsführer der Fritz Studer AG aus Steffisburg. Die Firma produziert Schleifmaschinen in Thun. Mit dem «Freisinn» unterhielt er sich über den Werkplatz Schweiz.

*Herr Gaegauf, die Studer AG ist in Steffisburg beheimatet. Wie ist die regionale Verankerung der Firma?*

*Welche Bedeutung hat dieser Standort, was sind seine Vorteile und Nachteile?*

Nach wie vor beschäftigen wir etliche Lieferanten aus der näheren Umgebung, nicht nur zur Herstellung von Maschinenbauteilen, sondern auch für «Brot und Wurst». Bei uns finden unzählige Schulungen mit Kunden aus aller Welt statt. Zum Beispiel lebt der «Viktorinox-Laden» in Thun zu einem guten Teil von unseren chinesischen Besuchern.

Mit über 700 Mitarbeitern gehören wir zu den grossen Arbeitgebern im Berner Oberland.

Der Standort zeichnet sich durch solides und präzises Handwerk aus. In der Kombination mit cleveren Produktionsmethoden liegen wir bei den Herstellkosten auf einem sehr guten Niveau – einiges besser als in Deutschland. Infolge unseres positiven Renommées beschäftigen wir die Besten der Region.

Nachteil: sicher die verkehrstechnische Anbindung an die Welt. Der Flughafen Bern-Belp ist ja toll in Bezug auf einfaches Einchecken, wenn man

dann aber drei Stunden warten muss, wegen Nebel in München und weil der Turboprop 300 Meter Sicht zum Landen braucht, macht's auch keinen Spass mehr.

*Wie kann Ihnen die Politik entgegenkommen?*

Indem sie uns nicht im Weg steht! Der bereits zum Unwort verkommene Begriff «Rahmenbedingungen» ist ein Thema. Die äusserst kurzen Ansprechwege und raschen Entscheidungen bei der Behandlung von Kurzarbeitsbewilligungen haben für uns den Kanton Bern in ein äusserst positives Licht gestellt.

Ausbildung – vielleicht das wesentlichste Thema, hier kann die Politik die Grundlagen und Rahmenbedingungen positiv und sehr nachhaltig beeinflussen.

*Haben Sie Probleme, geeignetes Personal zu finden?*

Ja. Das Einzugsgebiet hat sich zwar seit der Fertigstellung des Lötschbergbasistunnels für Pendler aus dem Wallis etwas erweitert, aber «aareaufwärts» zum Arbeiten gehen liegt nicht im Trend.

*Was unternehmen Sie dagegen?*

Wir bilden selber aus! Im Schnitt beschäftigen wir zwischen 70 und 75 Lernende, schicken sie teilweise auch auf Auslandsätze in die USA und nach China. Ansonsten zehren wir von der Personenfreizügigkeit. Maschineningenieure gehörten eigentlich in der Schweiz vom WWF geschützt!

### Kampf um mehr Marktanteil

*Was sind für Sie die grössten Herausforderungen?*

Produktmässig sind wir sehr gut aufgestellt, unsere Strukturen stimmen, wir sind der Marktleader, gelten als Trendsetter und sind damit die Besten. Wir haben das Krisentief durchschritten, der Auftragseingang bewegt sich



**Fred Gaegauf**

56½-jährig

Dipl. Ing. (fh) und Nachdiplomstudium zum Dipl. Wirt.Ing. (HSG)

*Funktionen in Verbänden:*

- Präsident der regionalen Wirtschaftskoordination Thun
- im Vorstand AGV Wirtschaftsraum Thun und Berner Oberland
- im Komitee Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik des swissmem und CH-Delegierter im europäischen Dachverband der WZM-Industrie cecimo
- FDP-Mitglied

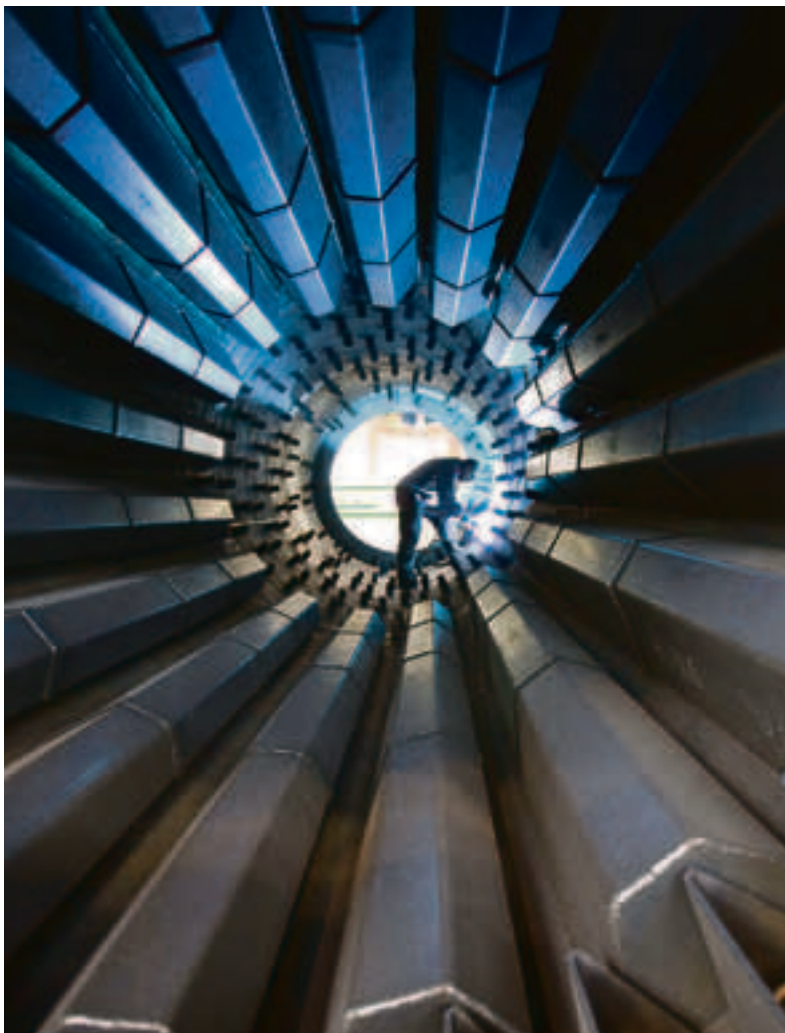
seitwärts. Wir kämpfen um mehr Marktanteil, im Fokus liegt der potenzielle Kunde.

Bei 95% ausländischem Umsatz hilft uns die heutige Wechselkursrelation überhaupt nicht!

*Wie begegnen Sie diesen Herausforderungen?*

Mit harter Arbeit. Wir sind keine Banker, wir produzieren Investitionsgüter. In meiner Überheblichkeit habe ich vorhin gesagt, wir seien die Besten. Das ist kein Witz!

Sich im Markt behaupten zu können, beginnt im Kopf. Wie beim Ten-



Für die Schweizer Industrieunternehmen sind gute Rahmenbedingungen zentral.

BILD: KEYSTONE



nis, gewinnen kann man nur durch Überzeugung. Überzeugung in der Leistung und der Qualität des Gesamtproduktes. Asien ist mittlerweile mit fast 50% unseres Volumens der Hauptmarkt. Die Leute kaufen innovative Produkte ohne Schnickschnack zum vernünftigen Preis, wir nennen es das Mid-Segment. In diesem Mid-Segment tummeln sich etliche Wettbewerber, die Erfahrung mitzumischen stärkt.

*Was muss sich ändern?*

Jammern hilft wenig! Es gibt Dinge, die können wir schlichtweg nicht direkt beeinflussen. Was wollen wir bezüglich der Währung tun? Oder sind/waren wir in der Lage, die Finanzkrise blitzartig zu stoppen?

Was wir tun können, ist, kreativ die verbliebenen Märkte zu bearbeiten, da hilft uns kein Staat. Klar, Freihandelsabkommen sind eine wesentliche Hilfe, gute Beziehungen der Schweiz zur Welt sind fördernd, aber am Schluss müssen Sie als Unternehmen überzeugen.

*Was sind Ihrer Meinung nach die grössten Vorteile des Arbeitsplatzes Schweiz?*

Swissness. Qualität, Vertrauen.

Wir können mit unseren Mitarbeitern Dinge bewegen, da träumen befreundete Firmen im Ausland nur davon. Wir müssen uns aber eines bewusst sein: Wenn Sie junge Leute in Asien beobachten, wie die lernbegierig Dinge in sich «aufsaugen», müssen wir besorgt sein, nicht «fett» zu werden. Unser Wohlstand kommt uns da und dort etwas in die Quere.

Produktionsstandort Schweiz. Ich widerspreche allen, die behaupten, in der Schweiz nicht mehr kostengerecht produzieren zu können. Wir haben Erfahrung in Osteuropa und China und können 1:1 vergleichen. In der Schweiz muss man halt nur etwas cleverer an die Sache, Gesamtprozesse durchleuchten und verändern, dann funktioniert's.

**Rohstoff Ausbildung**

*Wo liegen die Nachteile?*

Ich kann es halt auch nicht lassen: Wir bezahlen zu viel Steuern, insbesondere natürlich im Kanton Bern. Wir haben da verflixt viel Staat. Klar, im Vergleich zu unseren Nachbarländern liegen wir gut, aber eben ...

Was mich aber viel mehr stört, ist die grosse «Unfähigkeit», gute Ideen wirtschaftlich umzusetzen. Da werden Themen an Hochschulen und EMPA her-

getüfelt, am Schluss fehlt es an der wirtschaftlichen Umsetzung in der Schweiz, und irgendein Ausländer macht dann etwas Gescheites damit und bringt es zum Erfolg. Wieso bauen wir den Smart bei Daimler? Wieso sind Chevrolet und viele andere ausgewandert? Wieso bauen wir keine Düsenflugzeuge? Wieso wussten wir mit Flüssigkristallanzeigen nichts anzufangen?

*Wo liegen die Chancen für den Arbeitsplatz?*

Engagement, Ideen unbeirrt umsetzen oder besser: durchsetzen.

Wir sind auch ein Produktionswerkplatz! Und auch Dienstleistung gehört dazu; wir reden ja immer von einem Gesamtprodukt. Unser Unternehmen gilt als Lösungsfinder und ist eine Versicherungsgesellschaft, per Zufall haben wir dann auch die richtige Maschine anzubieten. Wir sichern dem Kunden einen möglichst sorgenlosen und professionellen Betrieb zu.

Der Rohstoff Ausbildung – und damit schliesst sich der Kreis zur Politik – ist unser oberstes Gut. Daran müssen wir arbeiten, akzeptieren, dass es Kategorien in der Leistungsfähigkeit der Schüler gibt. Die Guten fördern, fordern, leistungsbezogen!

Anzeige

Verantwortung für die Energiezukunft  
gemeinsam übernehmen. Sie. Wir. Als Partner.

Wir gestalten die  
Energiezukunft der  
Schweiz. Zusammen  
mit Ihnen. Alpiq, Ihr  
Partner für Energie  
und Energieservice.

www.alpiq.com

**ALPIQ**

SWISSKI  
OFFICIAL SPONSOR

metzgerlehner

# Das Ringen um die «Abzocker-Initiative»

Die Volksinitiative «gegen die Abzockerei» ist heftig umstritten. In der Frühlingssession formulierte der Nationalrat einen Gegenvorschlag. FDP-Fraktionspräsidentin Gabi Huber und der Initiator Thomas Minder im Streitgespräch.

*Herr Minder, weshalb braucht es Ihre Initiative?*

**Thomas Minder:** Die Exzesse sind überbordet. Vor einigen Jahren fing es mit dem Swissair-Grounding an, und gerade diese Woche wurde wieder bestätigt: Es ist null Einsicht da auf gewissen Führungsetagen auf Stufe Verwaltungsrat und Geschäftsleitung. Die letzten Jahre brachten eine Hochkonjunktur der Abzockerei.

*Frau Huber, auch die FDP will Boni-Exzesse stoppen. Warum lehnt sie die Initiative trotzdem ab?*

**Gabi Huber:** Die Initiative schießt über das Ziel hinaus. Sie nimmt ein berechtigtes Anliegen auf: Sie will Exzesse verhindern. Das wollen wir auch. Aber die dazu vorgeschlagenen Mittel gehen zu weit. Inhaltlich geht es bei der Initiative um Abstattmungen zu Entschädigungen sowie um Einschränkungen, Verbote und Strafbestimmungen für Unternehmungen, die zu weit gehen. Deshalb lehnen wir die Initiative ab.

*Die Bestimmungen gingen zu weit, die Unternehmen würden zu stark eingeschränkt, die Initiative gefährde Arbeitsplätze: Was sagen Sie zu dieser Kritik, Herr Minder?*

**T. Minder:** Wenn man keine Argumente mehr hat, dann droht man. Das Gegenteil ist der Fall: In allen Ländern entscheidet der Eigner über die Standorte der Unternehmen. Die gehen dorthin, wo sie am meisten Mitspracherecht haben. Das wird in Zukunft die Schweiz sein. Es ist also geradewegs ein Standortvorteil, wenn das Eigentum geschützt wird, das ist Aufgabe des Staates. Und der zweite Punkt: Der Eigner will möglichst viel Mitsprache haben bei seinem Eigentum. Das heisst, es kommen sogar neue Unternehmungen in die Schweiz.

**G. Huber:** Die Stärkung der Aktionärsrechte ist ein berechtigtes Anliegen.

Aber man muss sehen: Die Aktionärsdemokratie ist keine Kopfdemokratie wie im Staat, sondern eine Kapitaldemokratie. Man vergisst oft, dass nicht immer alle Aktionäre an der Generalversammlung teilnehmen, sondern sehr viel Stimmkraft im Ausland angesiedelt ist. Jene, die an der GV anwesend sind, haben dann nicht unbedingt das volle Sagen. Wir können uns nun also in der Schweiz zu Tode regulieren – das nützt aber nicht viel, sondern es ist sogar standortschädigend.

### Eine Verwischung der Kompetenzen?

*Gemäss Ihrer Initiative, Herr Minder, soll die Generalversammlung ziemlich stark auch ins operative Geschäft eingreifen. Sehen Sie da keine Schwierigkeiten? Möchten Sie noch Verwaltungsrat oder Geschäftsleitungsmitglied einer solchen Firma sein?*

**T. Minder:** Relevant ist nicht, wo die Kompetenz heute ist. Wichtig ist, wo sie morgen ist. Wir haben jetzt schon sehr viele exekutive Verwaltungsräte wie Vasella, wie Ospel, die ganz stark ins Operative eingreifen. Und wir haben noch immer verschiedene Doppelmandate. Brabeck und Vasella haben es abgelegt. Affentranger hat es immer noch, Hummler wird es ablegen oder hat es schon abgelegt. Man kann sich eben nicht selber kontrollieren. Es ist jetzt besser geworden, ja. Aber wo die Kompetenzen sind, legt der Souverän fest, der Aktionär. Das ist nicht in Stein gemeisselt.

*Frau Huber, die FDP sagt: Die Initiative führt zur Verwischung von Kompetenzen.*

**G. Huber:** Die Geschäftsleitung wird vom Verwaltungsrat angestellt und soll auch von ihm salarisiert werden. Aber hier sind wir Ihnen beim direkten Gegenvorschlag entgegengekom-

men, Herr Minder: Die GV soll über die Gesamtsumme der Geschäftsleitungsvergütung abstimmen, wenn das die Statuten vorsehen – wenn das die Aktionäre also wollen.

### Umstrittener Gegenvorschlag

*Was halten Sie denn vom direkten Gegenvorschlag, wie ihn der Nationalrat in der Frühlingssession verabschiedet hat?*

**G. Huber:** Wir haben ja die Einigungslösung Blocher/Minder mit der SVP diskutiert und es im Sinne von Herrn Minder unterstützt, dass man einen Lösungsweg über die Gesetzesebene mit einem indirekten Gegenvorschlag sucht. Ich weiss allerdings nicht, ob Herrn Minder bekannt ist, wie viel Entgegenkommen uns von der SVP zugesichert wurde. Aber die Mehrheit im Parlament lehnte dies ab, und wir wollten immer, selbst bei dieser Gesetzeslösung, noch ein Pfand in den Händen halten. Also den direkten Gegenvorschlag, der das Anliegen der Abstimmung über das Vergütungssystem aufnimmt und auch die Generalversammlung der Aktionäre verbindlich darüber abstimmen lässt. Das ist auch im Parlament durchgekommen.

Ich glaube, dort bringt eine Abstimmung am meisten.

*Herr Minder, was ist Ihre Haltung zum direkten Gegenvorschlag?*

**T. Minder:** Schwamm. Unbrauchbar. Er gehört in den Kehrriech. Es bringt überhaupt nichts, die Kompetenzen über die Vergütungssumme dem Eigner zu übertragen an der Generalversammlung, wenn die Hintertüren sperrangelweit offen sind. Das haben wir Mitte März wieder eins zu eins miterlebt: Kurer 3,3 Millionen, Rohner 1,2 Millionen über die Rente. Die Tür ist sperrangelweit offen. Jede Unternehmung kann das Operative, die Geschäftsleitung an eine andere Gesellschaft übertragen. Es braucht 50 000 Schweizer Franken, und die Novartis delegiert die Geschäftsleitung mit der ganzen Lohnsumme an eine andere Aktiengesellschaft, welche nicht börsenkotiert ist. Es ist so einfach, diese Vergütungssumme an der DV zu umgehen. Darum hat die Initiative 24 Forderungen, und deshalb ist sie so verdammt gut und bringt halb Bundesbern um den Schlaf: Weil die Hintertüren geschlossen sind.

**G. Huber:** Abgangsentschädigung und Vorausvergütungen werden mit

### Die Position der FDP

Der Vorstand und die Bundeshaus-Fraktion der FDP. Die Liberalen lehnen die Initiative klar ab. Aus Sicht der Parteigremien müssen Boni-Exzesse zukünftig verhindert werden. Lösungen dürfen jedoch nicht die Wirtschaft abwürgen, den Standort Schweiz schädigen und damit tausende Arbeitsplätze gefährden. Die Initiative behandelt alle börsenkotierten Unternehmen gleich und legt ihnen ein viel zu enges Korsett um.

Die FDP unterstützte deshalb eine Revision des Aktienrechts – denn detaillierte Regelungen gehören grundsätzlich nicht in die Verfassung. Um bei einer Abstimmung zur Minder-Initiative dem Volk einen besseren Vorschlag zu unterbreiten, arbeitete die FDP-Liberale Fraktion am direkten Gegenvorschlag mit. Der Nationalrat erarbeitete eine Version, die aus FDP-Sicht in eine richtige Richtung geht, aber noch Mängel aufweist. In der Sommersession behandelt der Ständerat das Thema. Über die Minder-Initiative stimmt das Volk frühestens im November 2010 ab.



Nationalrätin Gabi Huber ist Präsidentin der FDP-Liberale Fraktion und Mitglied der Rechtskommission des Nationalrats, die sich mit dem Aktienrecht befasst. Die frühere Urner Regierungsrätin ist seit 2003 Mitglied der grossen Kammer.

Arbeitsplatz ein gutes Umfeld bereit stellt. Das können durchaus sinnvolle Ausnahmen für das Unternehmen sein. Sinnlose Millionenzahlungen für eine ungenügende Leistung sind damit ausdrücklich nicht gemeint.

#### Die politische Grosswetterlage

**T. Minder:** Sie vergessen die politische Grosswetterlage. Das ist Tsunami pur, was da passiert ist mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Im Zentrum standen die exorbitanten Vergütungen in der Finanzindustrie. Das hat das Wirtschaftsgefüge gewaltig erschüttert, mit Staatsinterventionen, die dem liberalen bürgerlichen Gedankengut – das ich übrigens auch vertrete – fundamental widersprechen. Da sind Streicheleinheiten total fehl am Platz. Es gibt einen zweiten Punkt: Von den 109 Millionen Lohnsumme im letzten Jahr sind 41 Millionen für Abgangsentschädigungen und Lohnfortzahlungen bezahlt worden. Ich habe in zehn Jahren, seit ich mich um das Thema kümmere, noch nie so ein Missverhältnis gesehen. 37 Prozent der Lohnsumme werden für «Hire and Fire», oder eigentlich nur «Fire», verwendet. Und wenn man bei der UBS noch die Vorauszahlungen von Johansson und Diethelm dazuzählen würde, käme man auf 50 oder 60 Millionen. Das ist absolut irre und hat nichts mehr mit Corporate Governance zu tun. Diese Leute kommen und gehen, und jedes Mal sind Millionen im Spiel.

**G. Huber:** Diese Zahlungen, die Sie jetzt ansprechen, waren zu einem Teil noch vertraglich vereinbart. Und wenn Sie das jetzt genau anschauen, ist laut Vergütungsbericht bei der UBS durchaus etwas gegangen. Künftig sind solche Zahlungen nur noch in Ausnahmefällen möglich. Wenn man die Vergütungen des Verwaltungsrats und der Konzernleitung 2009 gegenüber der Zeit vor der Krise vergleicht: Die UBS hat diese Summe um rund 70% reduziert. Man muss konstatieren: Die UBS hat sich den Vorgaben der Finma angepasst. Es gibt noch Unschönheiten, aber es ist nicht einfach nichts gegangen. Und Sie gehen mit mir sicher einig: Alles Übel auf dieser Welt könnte man eben nur entfernen, wenn alle reguliert

werden – und nicht nur die Schweizer Unternehmen. Wir versuchen nun, die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen. Aber wir können nicht die ganze Welt retten mit einer schweizerischen Regulierung.

**T. Minder:** Ich warte nur auf Ihren Anruf Frau Huber, wenn Sie dann die Juso-Initiative bekämpfen müssen und einen bürgerlich-liberalen Bürger wie mich an der Front brauchen, um die Initiative zu bodigen. Ich bringe einen mittleren Lösungsvorschlag, welcher die Löhne nicht limitiert. Am Anfang wurde ich niedergeschrien als Totengräber der Schweizer Wirtschaft. Und mittlerweile haben wir eins zu eins miterlebt, wo das hingeht. Es gibt null Selbstregulierung. Die UBS liefert das Beispiel, und ich warte gespannt auf die Zahlen der Credit Suisse, die werden noch schlimmer sein. Ich meine nicht das Pip-Programm der Credit Suisse, sondern die Summe auf der Geschäftsleitungsebene. Und die Frage ist einfach: Wollen wir eine gesunde, nachhaltige Volkswirtschaft ohne diese Exzesse? Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass Fälle wie die Swissair, Oerlikon, UBS, Zurich Financial, Adecco usw. standortfördernd sind. Diese Diskussionen, die wir jetzt seit Jahren führen. Der Fisch stinkt am Kopf und es braucht einen totalen Wechsel bei der Corporate Governance.

#### Der Gegenvorschlag – ein Erfolg?

**G. Huber:** Aber schauen Sie doch den jetzigen direkten Gegenvorschlag an! Sie haben ja recht viel Erfolg gehabt.

**T. Minder:** Null, null.

**G. Huber:** Das stimmt nicht. Sie können nicht dagegen sein, dass die Generalversammlung über das Vergütungssystem abstimmt.

**T. Minder:** Frau Huber, nennen Sie mir nur eine börsenkotierte Unternehmung, die einen oder zwei Punkte der Initiative übernommen hätte. Es haben bloss vier oder fünf Unternehmen – OC Oerlikon, UBS, Adecco, ABB – auf Einjahreswahl umgestellt. Das ist die einzige kleine Selbstregulierung, die stattgefunden hat. Und diese vier Firmen mussten zuerst in gewaltige Schwierigkeiten geraten.



Thomas Minder ist Geschäftsführer der Trybol AG in Neuhausen (SH). Er lancierte die eidgenössische Volksinitiative «gegen die Abzockerei», über welche derzeit das Parlament berät.

**G. Huber:** Jetzt reden wir ja aber von Ihrer Initiative und dem direkten Gegenvorschlag...

**T. Minder:** Ich habe ja die Frage schon beantwortet...

**G. Huber:** ... und was die Unternehmen künftig machen müssen. Und wenn Sie von der Juso-Initiative sprechen: Das eine Übel macht das andere ja nicht besser.

**T. Minder:** Schon mit meiner Initiative sind ja laut Herr Pelli 1,3 Millionen Arbeitsplätze gefährdet. Sind es denn mit der Juso-Initiative 7 Millionen?

**G. Huber:** Zusätzlich gefährdet ihre Initiative auch noch ein Drittel der Steuereinnahmen und zwei Drittel der Schweizer Exporte. Und noch einmal: Das eine Übel macht das andere nicht besser!

**T. Minder:** Das sind jetzt Drohungen der FDP-Parteispitze. Das wäre, wie wenn der Thomas Minder drohen würde, wenn die Initiative nicht angenommen würde, seien 1,3 Millionen gefährdet.

**G. Huber:** Ich glaube wirklich, Sie verkennen ein wenig Ihren eigenen Erfolg.

## Zitat des Monats

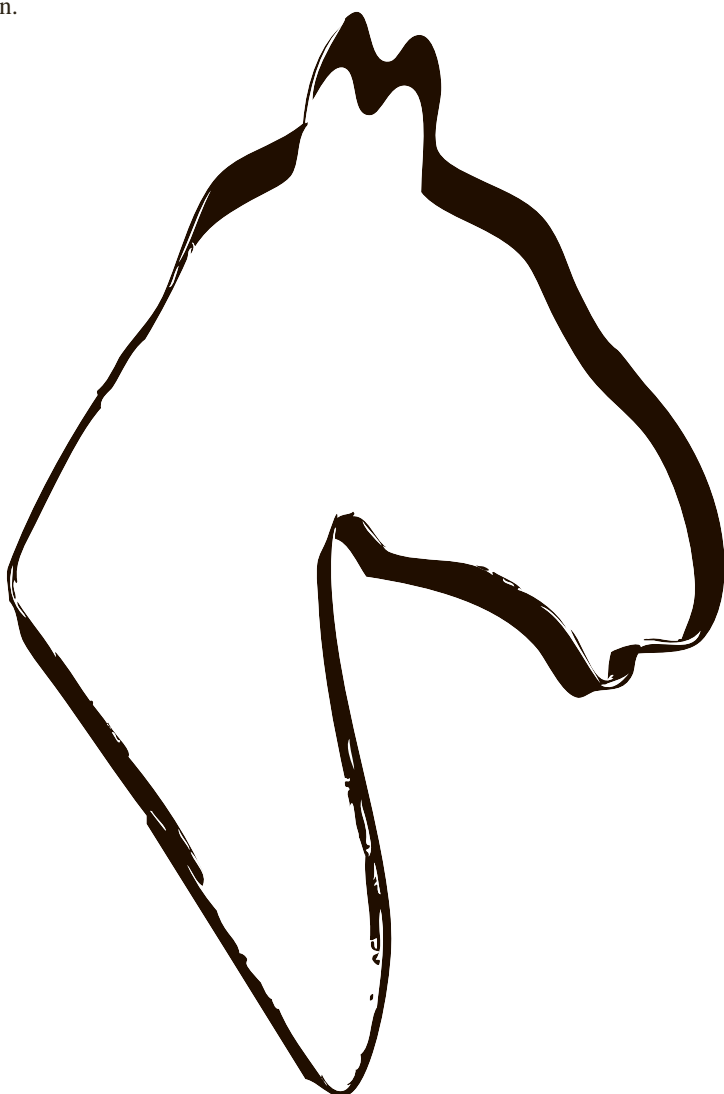
«Wenn ich in den Ständeratssaal gehe, schaue ich darauf, möglichst keine Geräusche zu machen.»

Christian Wasserfallen, Nationalrat (BE)

## Kurioses

### Subventionen vs. Aufwand

Der Kampf gegen unnütze und überrissene Subventionen ist begrüssenswert. Die hehren Absichten treiben jedoch manchmal seltsame Blüten. So reichte während der Frühlingssession SVP-Nationalrat Ernst Schibli eine schriftliche Frage an Bundesrätin Leuthard ein: zur Subventionierung der «Gymkhana-Prüfungen» bei Pferden. Die dem Lachkrampf nahestehende Bundespräsidentin rechnete vor, dass der Bund hier jährlich rund 14000 Franken ausbebe. Wie viel die Bearbeitung und Beantwortung dieses Vorstosses durch die Verwaltung gekostet hatte, liess sie offen... Insider sprechen von mindestens 10000 Franken.



## Wettbewerb

### Praktische Tipps zur Vereinsbuchhaltung

Bis zu 100000 Vereine gibt es schätzungsweise in der Schweiz – sie alle müssen eine Buchhaltung führen. Darunter sind auch viele Ortsparteien der FDP. Die Liberalen. Ganz so einfach ist das für Laien nicht.

Genau hier setzt das Buch «Rechnungswesen, Revision und Steuern für Vereine» an: Die Verantwortlichen erfahren alles Wichtige über das Rechnungswesen von Vereinen und die Rechnungsrevision. Welchen Einfluss haben neue gesetzliche Bestimmungen? Wie sind Mehrwertsteuer-Fragen zu klären – welche Aufwendungen sind steuerbefreit? Das komplexe Sachgebiet wird anschaulich anhand von Beispielen dargestellt und erhält

zahlreiche praktisch wertvolle Tipps. Einer der Autoren ist übrigens selber in einer FDP-Ortspartei als Revisor tätig und kennt die Herausforderungen aus erster Hand.

Die «Freisinn»-Leser haben die Chance, ein Exemplar zu gewinnen: Schreiben Sie rasch eine E-Mail mit dem Vermerk «Wettbewerb Freisinn» und ihrer Adresse an [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch). Die schnellsten drei Teilnehmer erhalten das Buch kostenlos zugeschickt! Falls Sie nicht zu den glücklichen Gewinnern gehören: Das Buch erschien 2010 im Orell-Füssli-Verlag und hat die ISBN-Nummer 978-3-280-07251-6.

## Geit's no?

Das Leistungsziel sieht vor, dass die berufliche Vorsorge zusammen mit der AHV rund 60% des letzten Einkommens sichert. «Das ist überholt und nicht mehr haltbar», erklärt Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) keine 24 Stunden nach Abstimmung zum BVG-Umwandlungssatz und fordert eine Anpassung des Leistungszieles auf bis zu 80%.

Offensichtlich verschliessen die Gewerkschaften noch immer die Augen vor der Realität: Die Bevölkerung der Schweiz wird immer älter. Und solche irrationalen Rentenversprechungen gefährden die soziale Sicherheit aller. Dass dies ein reales Schreckensszenario ist, zeigt der Blick nach Europa: Überall ist der Staat mit den überrissenen Sozialleistungen überfordert und kämpft um seine Existenz. Dies sollte eine Warnung und keine Einladung für die Schweiz sein. Nach den vergangenen Abstimmungen müssen Reformen noch entschlossener angepackt werden und Lösungen erarbeitet werden, statt Luftschlösser zu bauen.

## Agenda

### April

- 16. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)
- 23. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)
- 24. Delegiertenversammlung in Bern

### Mai

- 3.–5. Ausserordentliche Session
- 21.–22. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- ab 31. Sommersession

### Juni

- bis 18. Sommersession
- 25. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)
- 26. Delegiertenversammlung in Lugano

## Erlebnisbericht

## Computerspiele – Killerspiele?

Ja ich gebe es zu. Ich spiele gern Computerspiele, auch solche, die regelmässig als «Killerspiele» bezeichnet werden. Was bedeutet aber ein Verbot von solchen Spielen? Werden damit Probleme gelöst?

**Samuel Lanz, Geschäftsführer  
FDP.Die Liberalen International**

Die Bundesversammlung befasst sich schon seit einiger Zeit mit der Problematik von Computerspielen, insbesondere mit den sogenannten «Killerspielen». Dabei erwägen sie ein Verbot von Spielen, welche gewisse Kriterien erfüllen. Eine liberale Lösung, welche die Selbstverantwortung der mündigen Bürger ins Zentrum stellt, sieht aber anders aus.

### Ein Ausflug mit Freunden

Mit vier Jahren sass ich zum ersten Mal vor einem Computer und spielte. Seither hat sich die Welt der Computerspiele stark verändert. Es gibt heute viele verschiedene Arten von Computerspielen – die Palette ist sowohl breit als auch tief. Persönlich konsumiere ich nicht bloss eine bestimmte Art von Genres. Vielmehr bin ich an spannenden Spielen interessiert.

Besonders zwei Titel bieten dies: Ein Abenteuer-spiel, in dem tausende Personen gleichzeitig und miteinander interagieren müssen, um verschiedene Aufgaben zu bewältigen. Etwa die Suche nach Gegenständen oder das Besiegen übermächtiger Monster. Einen Ausflug in diese Welt unternehme ich zusammen mit Kollegen an einem verregneten Sonntagabend. Die Zusammenarbeit ist dabei mindestens so wichtig wie das Beherrschen der Spieltechnik.

Ein weiteres Spiel ist ein sogenannter Online-Shooter. Hierbei handelt es sich um ein immer wieder als «Killerspiel» bezeichnetes Onlinespiel, in dem zwei Teams gegeneinander antreten. Neben taktischem Verständnis ist auch Teamfähigkeit von grösster Wichtigkeit. Nur das Team, welches wirklich als Gruppe operiert, kann gewinnen.

### Probleme differenziert betrachten

Computerspiele sind heute keine Randerscheinung mehr. Sie gehören vielmehr zum normalen Medienkonsum einer jüngeren Generation. Die Welt der Spiele ist vielfältig, ebenso wie ihre Konsumenten. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass Computerspiele einen schlechten Einfluss auf die Entwicklung von Kindern haben können. Doch es fällt schwer, dies zum jetzigen Zeitpunkt zu präzisieren – die genauen Auswirkungen und Zusammenhänge sind noch nicht abschliessend geklärt. Es scheint aber als sicher, dass es starke individuelle Schwankungen gibt. Eine Pauschalisierung ist also unange-



Gefragt sind Lösungen, welche die Eigenverantwortung ins Zentrum stellen.

bracht – und falsch. Nicht jedes Computerspiel steht im Zusammenhang mit Gewalt. Und: Längst nicht jeder für Jugendliche zugängliche Film oder alle Bücher sind frei von Gewaltdarstellungen.

Was den Skeptikern aufstösst, ist der Umstand, dass der Spieler in Computergames selbst handelt. Doch genau hier muss man sich in Erinnerung rufen, dass es sich bei Spielen um ein Medium handelt, welches man «konsumiert», genau wie Bücher und Filme. Die Unterscheidung zwischen Realität und Virtualität ist wie bei Büchern und Filmen nur für die allerwenigsten ein Problem.

Der Umgang mit diesem neuen Medium ist jedoch in der Bevölkerung noch nicht weit vorangeschritten. Die jetzt heranwachsende Generation ist als Erste von Beginn weg mit dem Computer als Medium aufgewachsen. Das bringt natürlich Probleme mit sich. Wichtig dabei ist, dass man diese löst und nicht einfach durch ein Verbot diese wichtige Diskussion abblockt.

### Neue Lösungen statt alte Verbote

Mit Verboten wird in diesem Bereich überhaupt nichts erreicht – vielmehr erinnern sie an die alte Form der Medienzensur. Doch diese bringt im heutigen Technologiezeitalter nichts. Die Computer-

spieler haben über das Internet Zugang zu Vertriebskanälen im Ausland – fernab der schweizerischen Behörden. Mit einem Verbot werden nur Gamer stigmatisiert und Gratiswerbung für diese Spiele gemacht. Eine Kontrolle ist nicht mehr möglich, auch keine Alterskontrolle.

Dass es Lösungen braucht, ist allen klar. Diese müssen zwingend die Eigenverantwortung ins Zentrum stellen. Nur so können junge Spieler einen nichtschädlichen Konsum lernen. Eine sehr gute Lösung hierfür ist die Motion von FDP-Ständerat Rolf Schweizer. Sie fordert, die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen gezielt zu stärken. Sie zielt sogar noch weiter, indem sie die Medienkompetenz bei neuen Medien wie Internet oder Computer generell verbessern will. Ein solcher Vorstoss stellt eine liberale Lösung dar.

Weiter müssen Jugendschutzmassnahmen konsequent angewendet werden. Gewisse Spiele dürfen nur noch an die entsprechenden Altersklassen abgegeben werden. Die Entscheidung, ob man seine Zeit wirklich in ein solches Spiel investieren will, soll jeder aber selbst treffen. Ein generelles Verbot entmündigt auch den erwachsenen Bürger. Denn: Menschen sind für sich selbstverantwortlich – auch beim Medienkonsum.

Generalversammlung FDP-Frauen

### «Nach der Krise»

Eine Gelegenheit, unsere nationalen und internationalen Beziehungen zu überdenken



Sehen und gesehen werden an der Generalversammlung.



Schlagkräftige liberale Frauen.

#### **Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP.Die Liberalen Frauen**

Die FDP-Frauen trafen sich am 20. März zu ihrer Generalversammlung im Ethnographischen Museum MAN in Neuenburg. Jacqueline de Quattro, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz und Regierungsrätin des Kantons Waadt, ging in ihrer Rede auf die aktuelle Entwicklung der Stellung der Frau in der Schweiz ein. Sie betonte die Wichtigkeit, dass wir Frauen uns auch in Zukunft für die Gleichstellung engagieren. Noch immer verdienen Frauen bis zu 20% weniger als Männer und sind in Führungspositionen nur wenig vertreten. Konservative Kräfte stehen immer wieder für absurde Vorschläge ein (zum Beispiel Steuergeschenke für traditionelle Familienmodelle oder die Tatsache, dass Frauen die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch selber bezahlen). Die FDP-Frauen bekämpfen diese konservative Bewegung mit Vehemenz. Sie stehen dafür ein, dass Männer und Frauen ihre Lebensgestaltung frei wählen.

Nach dem Besuch der Ausstellung «Helvetia Park» wurde in der Podiumsdiskussion mit den Nationalrätinnen Christa Markwalder, Martine Brunschwig Graf und Sylvie Perrinjacquet das Thema «Nach der Krise» diskutiert. Was haben wir daraus gelernt? Wie können wir in Zukunft solche Ereignisse verhindern?

Es ist mutig, diese Themen zu behandeln. Die Frauen streben eine Diskussion zu allen Themen an: Wirtschaft, Finanzen, internationale und nationale Beziehungen, Institutionen usw. Die Herausforderungen sind vielfältig. Eine Krise ist auch immer eine Chance, die Herausforderungen von morgen und unsere liberalen und freisinnigen Werte wie Freiheit, Verantwortung und Solidarität zu diskutieren.

In diesem Rahmen müssen wir unsere Beziehungen, ob national (Gemeinden, Kantone, Bund) oder international (unsere europäischen Nachbarn oder auch weiter entfernte Länder wie China oder Libyen), überdenken. Unsere Partei wehrt sich, in ein Korsett von reinen Verteidigern des Fi-



Fröhliche Gesichter in Neuenburg.

nanz- und Wirtschaftsplatzes Schweiz gezwängt zu werden. Es ist die Stärke unserer Partei, Themen, die unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger bewegen, zu diskutieren und Lösungen zu finden. Die Frauen werden, anlässlich der Delegiertenversammlung der FDP.

*Die Liberalen Schweiz* vom 24. April in Bern, ihre Meinung zu diesem wichtigen Thema kundtun.

## Interview

## Fünf Fragen an:

**Carla Speziali, Bürgermeisterin von Locarno, Geschäftsleitungsmitglied der FDP-Frauen, 1 Sohn**

*1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?*

Ich habe seit je Politik «geatmet», denn bereits als Kind war ich durch meinen Vater in Kontakt mit der Politik. Mein Vater war ein bekannter Mann der liberalen Tessiner Politik und selber 19 Jahre lang Stadtpräsident von Locarno. Bereits während meiner Zeit als Jusstudentin verfolgte ich mit grossem Interesse das politische Geschehen im Bundeshaus. Und nach meiner Rückkehr nach Locarno war es für mich klar, dass ich mich vermehrt für die Stadt und meine Region und dementsprechend auch für meine Partei, die *FDP.Die Liberalen*, politisch engagieren wollte.

*2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?*

Mir gefallen sehr viele Dinge meines Landes, vor allem das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen, Sprachen und Mentalitäten sowie die Natur, die Landschaft, die Schönheit unseres Landes, die Städte und Dörfer in der italienischen Schweiz wie auch in den übrigen Landesteilen. Ich bin stolz darauf, Schweizerin zu sein, weil wir das Bindeglied zwischen Nord- und Südeuropa sind und weil wir diese Situation Tag für Tag in der Realität leben, speziell im Tessin.

*3. Was war bisher Ihr politischer Höhepunkt?*



Carla Speziali

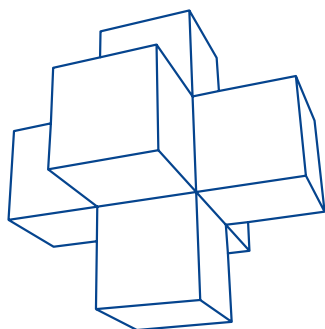
Sicherlich die Wahl zur Stadtpräsidentin und die Wiederwahl im Jahre 2008. Mit der Verleihung des Swiss Awards für Politik Anfang 2006 wurde mir eines klar: Politik betreiben ist fast so wie Bäume beschneiden. Bäume wachsen und bringen Früchte, aber beim Wachsen werfen sie auch Schatten...

*4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?*

Utopie nicht fürchten.

*5. Wenn Beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihre Reise?*

Ich würde mich nach Griechenland in die Zeit der alten Philosophen zurückbeamen, obwohl es damals sicher nicht leicht war für die Frauen. Meine Reise ist aber vor allem ein Weg nach Innen. Ich denke, dass eine gute Politikerin und ein guter Politiker zunächst ein guter Philosoph sein muss.

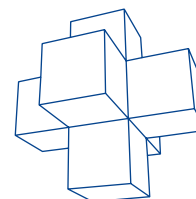


## Interna

## Porträt Carla Speziali

Seit der Generalversammlung vom 20. März ist die Geschäftsleitung der FDP-Frauen um eine herausragende Persönlichkeit reicher. Eine Politikerin, die sich schweizweit einen Namen gemacht hat, übernimmt den Sitz von Giovanna di Ambrogi, die fast 10 Jahre im Vorstand der FDP-Frauen tätig war. Carla Speziali, Bürgermeisterin von Locarno, gewann 2006 den Swiss Award (im Bereich Politik) und wurde zur Schweizerin des Jahres 2006 gewählt.

Carla Speziali ist ein Vorbild für viele Frauen. Sie vereinbart Familie, Beruf und politisches Engagement auf eindrückliche Art und Weise. Vormittags arbeitet Carla Speziali als Anwältin in ihrer eigenen Kanzlei. Nachmittags regiert sie Locarno vom Rathaus aus – eine 60-Stunden-Woche. Und das als alleinerziehende Mutter. Die Frau hat Power.



Carla Speziali hat sich schon früh für Politik interessiert. Mit 20 Jahren hielt Carla Speziali Reden und kämpfte für die Gleichberechtigung der Frau. Doch lange hielt sie sich mit dem politischen Engagement zurück, bis vor ein paar Jahren, als sie der politische Virus wieder gepackt hat und sie 2004 zur Bürgermeisterin von Locarno gewählt wurde. Carla Speziali zeichnet sich durch ihre bürgernahe Art zu politisieren aus.

In ihrer Dreifach-Rolle als Mutter, Anwältin und Bürgermeisterin fühlt sie sich wohl. Ihr Erfolgsrezept: Sie ist überzeugt, das Richtige zu tun. «Dann sind die verschiedenen Rollen kein Problem, sondern eine Chance.»

## Interna

## Ein Dankeschön an Giovanna

Die FDP-Frauen sprechen Giovanna di Ambrogi ein grosses Dankeschön für ihr Engagement im Vorstand der FDP-Frauen aus. 10 Jahre lang war sie ein aktives und engagiertes Mitglied im Vorstand und prägte wesentlich die Politik der FDP-Frauen. Giovanna war unsere Vertreterin bei Alliance F und stand dort für das liberale Gedankengut ein.

Als Vertreterin aus dem Tessin war sie stets an unseren Sitzungen dabei und überzeugte durch ihr politisches Gespür. Mit Begeisterung setzte sie sich stets für die Sache der FDP-Frauen ein, und die FDP-Frauen konnten stets auf Ihre Unterstützung zählen.

Wir wünschen Giovanna di Ambrogi für die Zukunft nur das Beste.



Giovanna di Ambrogi

## Eine neue Perspektive für den Finanzplatz

Liebe Freisinnige

Die weltweite Finanzkrise hat zu grossen Veränderungen geführt, von denen der Finanzplatz Schweiz und die gesamte Volkswirtschaft direkt betroffen sind. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat am 16. Dezember 2009 eine neue Finanzmarktstrategie beschlossen. Mit dieser Strategie gibt der Bundesrat dem Finanzplatz Schweiz eine neue Perspektive für eine erfolgreiche Zukunft.

Der Bundesrat bekennt sich – wie übrigens auch die FDP – zu einem starken Finanzplatz im Interesse der gesamten schweizerischen Volkswirtschaft. Denn unser Finanzplatz erwirtschaftet rund 10 Prozent der gesamten Schweizer Wertschöpfung und beschäftigt dabei fast 6 Prozent aller Erwerbstätigen. Er gehört damit zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen der Schweiz.

In seiner neuen Finanzmarktstrategie hat der Bundesrat vier Stossrichtungen festgelegt:

- Dazu gehört erstens die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzsektors. In einem zunehmend rauen Wettbewerb



Hans-Rudolf Merz

- will die Schweiz ihre Position halten und weiter ausbauen. National stehen hierzu die Finanzmarktaufsicht und -regulierung sowie die Steuerpolitik im Zentrum. International wird sich die Schweiz künftig in den relevanten Gremien noch stärker einbringen, damit unser Finanzplatz gleich lange Spiesse erhält wie die Konkurrenz.
- Zweitens erteilt der Bundesrat in liberaler Tradition den protektionistischen Tendenzen zahlreicher Staa-

ten eine Absage. Künftig sollen auch Schweizer Anbieter ihre Finanz-Dienstleistungen und -Produkte frei exportieren können. Der Bundesrat verstärkt deshalb seine Bemühungen um Marktzutritt.

- Drittens ist die Stabilität des Finanzsektors für eine Volkswirtschaft von zentraler Bedeutung. Nur ein krisenresistenter Finanzmarkt kann seine Aufgaben bei der Kreditversorgung oder dem Zahlungsverkehr zuverlässig erfüllen. Hierzu hat der Bundesrat eine Experten-Gruppe eingesetzt.
- Viertens setzt sich der Bundesrat für die internationale Akzeptanz und die Integrität unseres Finanzplatzes ein. Im Steuerbereich hält der Bundesrat daher fest, dass er kein Interesse an un versteuerten Geldern aus dem Ausland hat. Dabei steht für den Bundesrat aber der liberale Grundwert des Schutzes der Privatsphäre im Vordergrund. Er lehnt den «gläsernen Bürger» im Sinne eines automatischen Informationsaustausches ab. Der Bundesrat ist jedoch bereit, die bestehende Zusammen-

arbeit mit andern Staaten im Rahmen bilateraler Verhandlungen auszubauen. Dazu dient einerseits die neue Amtshilfepolitik nach OECD-Standard. Andererseits sollen bestehende unversteuerte Vermögen reguliert werden. Schliesslich arbeitet mein Departement an Lösungsmöglichkeiten, um zu verhindern, dass neue unversteuerte Gelder in die Schweiz gelangen. Natürlich stellen wir in diesen Verhandlungen entsprechende Gegenforderungen.

Liebe Freisinnige: Der Finanzplatz Schweiz geht uns alle an. Ich freue mich daher, dass auch die FDP das Thema stets intensiv begleitet und ihre parteieigene Finanzplatzstrategie engagiert diskutiert. Ich wünsche der FDP hierzu anlässlich ihrer Delegiertenversammlung vom 24. April in Bern eine fruchtbare und erfolgreiche Diskussion im Zeichen liberaler Werte.

**Bundesrat Hans-Rudolf Merz**

### Finanzplatz

## Delegiertenversammlung vom 24. April diskutiert über Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie

Der Schweizer Finanzplatz steht derzeit im Zentrum des Interesses: Welchen Weg soll er einschlagen, um seine unverzichtbare Funktion für die Schweizer Wirtschaft weiterhin übernehmen zu können? Diese Frage beschäftigt nicht nur den Bundesrat (siehe Artikel oben), sondern auch die Bevölkerung, die Medien und die Parteien. Das erstaunt nicht, denn das Thema ist für alle wichtig – für die Zukunft unseres Landes, sein wirtschaftliches Wohlergehen und seine Arbeitsplätze.

*FDP.* Die Liberalen geht die Herausforderungen für unseren Finanzplatz aktiv an. Bereits im Juni 2009

hatte sie als erste und bisher einzige Partei an ihrer Delegiertenversammlung eine fundierte Strategie mit konkreten Massnahmen beschlossen. Viele dieser Forderungen wurden in der Zwischenzeit von unseren Parlamentariern im Parlament eingebracht.

Ende April wird sich die Delegiertenversammlung erneut mit dem Thema befassen und über eine Weiterentwicklung der Strategie beschliessen. Die sachliche Diskussion dafür hat bereits begonnen. In den Kantonen werden Vernehmlassungen durchgeführt, damit die Haltung der Parteilisten in den Entscheidungsprozess einfließen kann. Und die Arbeits-

gruppe Finanzmarkt, welche bereits die Strategie von letztem Jahr erarbeitet hatte, befasst sich mit verschiedenen Diskussionsvorschlägen und gibt Empfehlungen an die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten (PPK) ab. Die neuen Ideen waren Anfang März an einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit präsentiert worden. Diskussionsthemen sind zum Beispiel die Klärung der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und -betrug sowie der Umgang mit ausländischen Bankkunden in der Schweiz.

Die für die FDP feststehenden Eckpunkte dieser Diskussion sind ein sauberer Finanzplatz, die klare Ableh-

nung von Steuerhinterziehung und der Schutz der Privatsphäre. Zweitens haben in den letzten Wochen alle FDP-Vertreter klargemacht, dass sie von dem gegenseitigen Auspielen von Finanz- und Werkplatz gar nichts halten. Denn die beiden Sektoren bedingen sich und sind beide von grösster Bedeutung für das wirtschaftliche Wohlergehen unseres Landes. Eine künstliche Trennung, wie sie manchmal suggeriert wird, schadet der Schweiz. Deshalb setzt sich die FDP für einen erfolgreichen Werkplatz ebenso wie für einen leistungsfähigen Finanzplatz ein.



## Porträt

## «Der Fraktionsbenjamin bin aber immer noch ich»

## Gespräch mit dem Berner Nationalrat Christian Wasserfallen

Entspannt läuft er vom Rednerpult im Nationalratssaal direkt in die Wandelhalle und setzt sich zu uns an den Tisch. Locker und dynamisch, so wie man es vom jüngsten Fraktionsmitglied der FDP-Liberalen nicht anders erwarten würde. Zwar ist mit Raphaël Comte erneut ein junges Mitglied in die Bundeshausfraktion eingezogen, doch «der Fraktionsbenjamin bin immer noch ich mit meinen 28 Jahren», stellt der Berner Nationalrat lachend fest.

**Kein Hinterbänkler**

Geplant habe er seine Politikkarriere nicht. Sonst hätte er sicherlich noch nicht damit gerechnet, dass er 2007 in den Nationalrat einziehen würde: «Das zeigt, wie unrealistisch eine politische Karrierenplanung in der Schweiz ist.» Er und sein Umfeld seien alle gleich verwundert und überrascht gewesen, als feststand, dass er in den Nationalrat einziehen würde.

Auf die erste Fraktionssitzung angesprochen, zeigt sich dann auch, dass Christian von Anfang an nach Bern gekommen ist, um etwas zu bewirken. Die erste Fraktionssitzung fiel nämlich just mit der Hanfinitiative zusammen. So fragte der damals Frischgewählte den damaligen Fraktionspräsidenten an, ob es opportun sei, in seiner ersten Sitzung bereits ein Votum zu halten. Und so plädierte er damals bereits gegen die Hanfinitiative: «Ich hab dann halt voll Gas gegeben.» Grinsend gibt er aber auch zu: «Es hat teilweise für Irritationen gesorgt, dass man als junges Mitglied in der Fraktion so auftritt.»

Dass er qualitativ gute Arbeit leistet und seinen Standpunkt einbringen kann, zeigt sich auch im Umstand, dass er nicht als Hinterbänkler wahrgenommen wird. Gerade in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie kann der Maschineningenieur natürlich sein Fachwissen perfekt einbringen. Auch seine «nicht bis aufs letzte Komma kohärente Kommunikation» verhilft ihm zu Respekt und

Ansehen – gerade auch vis-à-vis der Bevölkerung.

**Im Dienste der Bevölkerung**

Während des Gesprächs zeigt sich immer wieder eins: Christian Wasserfallen sieht Politik als Tätigkeit gegenüber dem Gemeinwohl und der Bevölkerung. So zählt auch ein Ausspruch Ciceros über den Staatsdienst zu seinen Lieblingszitat. «Für mich ist ein politisches Amt in diesem Land eine befristete Anstellung auf vier Jahre für die Bevölkerung.»

Ein weiterer zentraler Aspekt ist für Wasserfallen die Verwurzelung in der Bevölkerung. «Die Kontaktpflege mag ich wahnsinnig», stellt er fest und weist auf seine Unihockey-Kollegen und sein direktes Umfeld, welche ihm den nötigen Boden geben. Falls er «abheben» würde, bekäme er es von diesen sicher gleich «direkt zu spüren». Für Christian Wasserfallen ist denn auch klar: «Egal mit wem man redet, es kocht schliesslich jeder nur mit Wasser – es ist niemand ein Übermensch.»

**Ein ganz normales Leben**

Neben der Politik arbeitet Christian Wasserfallen zu 40%. So bleiben ihm theoretisch 60% für die Politik. Er gibt offen zu, dass sein Nationalratsmandat mehr als das in Anspruch nimmt. Aber: «Es gibt ein normales Privatleben und in diesem stelle ich nicht mein Amt oder meine Tätigkeit in den Vordergrund», erklärt der YB- und SCB-Fan. Selbst spielt er gerne Unihockey und reist: Bewegung ist wichtig. Das nächste Ziel ist schon bekannt. So plant er zurzeit eine Reise nach Nord- und Südkorea. Und bereits im Sommer geht es nach Schottland. Dort kann er einer weiteren Leidenschaft nachgehen: Single Malts.

Daneben findet der eloquente Nationalrat immer wieder Gefallen an verschiedensten Biografien. Besonders diejenige von Angela Merkel findet er beeindruckend. Auch, weil sie wie er selbst einen naturwissenschaftlichen

«Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut werden, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist.»

**Marcus Tullius Cicero**

Hintergrund hat. Zudem habe sie, die in der DDR aufgewachsen war, es geschafft, sich im neuen, demokratischen Europa durchzusetzen.

**Verantwortung für das Gesamte**

Das Verantwortungsbewusstsein steht im Zentrum seines freisinnigen Gedankengutes: «Verantwortung übernehmen heisst für das Land und für unsere Partei zu kämpfen.» Für die eigenen politischen Süsschen, die Links

und Rechts immer wieder kochen, hat er nichts übrig.

Für ihn ist es wichtig, immer «das Gesamte zu sehen». So ist er denn auch davon fasziniert, gegnerische Positionen und Argumente zu prüfen, zu durchleuchten und kontrovers zu diskutieren. Wichtig ist Christian Wasserfallen, dass man nicht opportunistisch seine Positionen ändert, sondern sich klar positioniert und schliesslich Verantwortung für das Gesamte übernimmt.



Christian Wasserfallen: «Es gibt ein normales Privatleben.»

Anlass

### Jungpolitiker im Lernseminar

Bericht zum Seminar mit Swiss Life unter dem Titel «Umwandlungssatz von A bis Z: Alterssicherung bis Zankapfel» vom 30. 1. 2010

Eine grosse Schar von rund 60 Jungpolitikern fand sich am Samstag, 30. Januar, bei der Swiss Life ein. Das Thema zur kommenden Abstimmung stiess auf grosses Interesse bei Vertretern von Jungfreisinn, JCVP, JSVP, Grünliberalen und BDP.

Sandra Hedinger, Leiterin Public Affairs bei Swiss Life, begrüsst die Jungparteien und führte durch den Seminartag. Nach der Begrüssung seitens der Jungparteien, vertreten durch Patricia Mattle, startete das Programm.

Ivo Furrer, CEO des Marktes Schweiz bei Swiss Life, präsentierte in seinem Einstiegsreferat die Fragestellungen, den Markt und die Herausforderungen rund um die 2. Säule. Im Anschluss legte Katja Gentinetta,

stellvertretende Direktorin von Avenir Suisse, in ihrem Referat die Situation und die Prognosen zur Lebenserwartung dar. Sie führte den Zuhörern vor Augen, wie die AHV das Risiko der demografischen Veränderung und die 2. Säule jenes des Kapitalmarkts aufzufangen soll. Dieser ursprüngliche Gedanke wird momentan nicht mehr umgesetzt, was sich mit Sicherheit die meisten Jungpolitiker für ihre weitere politische Tätigkeit merken.

In den Workshops wurden das BVG und der Umwandlungssatz von A bis Z auseinandergenommen. Die zahlreichen Fragen und engagierten Diskussionen der Workshopteilnehmer demonstrierten, wie wichtig es ist, dass Politiker in diesen Fragen sattelfest sind.

Nach einer kurzen Pause standen die Kampagnentätigkeiten und die schwierigen Voraussetzungen der Pro-Kampagne auf dem Plan. Maria Luisa Leanza, Projektleiterin bei economie-suisse, präsentierte die politische Ausgangslage und die Herausforderungen und zeigte auf, wie die Kampagne diesen gerecht wird. Adrian Gröbli, Leiter Personenversicherung des SVV, zerlegte im Anschluss die haltlosen Vorwürfe der linken Parteien und Gewerkschaften. Mit seinen Antworten sind wohl alle für das nächste Podium gewappnet. Stellvertretend für die Jugendkampagne präsentierte Brenda Mäder die Aktionen, die bereits über die Bühne gingen und was weiter seitens der Jungen, die das Rentenloch verhindern wollen, in Planung ist.

Während des gesamten Anlasses illustrierte die Slam-poetin Lara Stoll mit ihren Texten, wie sich die Welt mit der steigenden Lebenserwartung verändert. So teilen sich etwa heute sieben Rentner eine Ente, die sie füttern dürfen, während es früher noch sieben Enten waren, die sich um das Futter eines Rentners stritten. Als weitere Illustration ging die intensive Diskussion beim berühmten «halb gedeckten» Rentenkuchen weiter. Dieser war zum Glück süsser und bereitete viel mehr Freude als die drohenden Löcher im Pensionskassensystem der 2. Säule.

Interview

### Kurzinterview mit der neuen Präsidentin Brenda Mäder

Mit der jungen Thurgauerin sprach Maurus Zeier, Vorstand JFS

*Mein erster Tag als Mitglied der Jungfreisinnigen war...*

Grandios: Ich besuchte eine Mitgliederversammlung der jungfreisinnigen thurgau. Seither bin ich politisch zu Hause.

*Meine Motivation für das Amt der Präsidentin ist/war...*

In erster Linie Begeisterung für die Politik und für die jungfreisinnigen. Die jfs punkten mit einem klaren Fokus darauf, den Leuten Freiheit zu lassen und nicht bald alle Bereiche auch des Privatlebens dem Staat zu übergeben, und einer Politik, die sich um die nachfolgende Generation kümmert. Mit vernetzten Kantonen, einem jungen und frechen Auftritt und pointierten Aussagen im richtigen Moment können wir als Jungpartei viel bewegen.

Die jungfreisinnigen als Partei zusammenzuhalten, weiterzuentwickeln und die Ideen möglichst wirksam zu verkaufen, ist eine Herausforderung, die ich sehr gerne annehme.



Brenda Mäder

*Im Gegensatz zur FDP kann man bei den Jungfreisinnigen...*

In kurzer Zeit sehr viel Verantwortung übernehmen. Dies, weil bei einer Jungpartei Wechsel automatisch schneller vonstatten gehen und die Projekte allge- mein von kürzerer Dauer sind.

*Im Gegensatz zu den anderen Jungparteien sind die Jungfreisinnigen...*

Eine Partei, die in allen Kantonen vertreten ist, die Idee der Unisektionen entwickelt hat und pflegt. National und in vielen Kantonen sind wir durch freche Kampagnen bekannt. Politisch denken wir ans Übermorgen und werden nicht müde, immer wieder auf die Generationengerechtigkeit hinzuweisen.

*Ich bin überzeugt, die Jungfreisinnigen können in Zukunft...*

Gewinnen!

*Die Nachwuchsförderung von Seiten der FDP sollte...*

Ein klares Statement sein, das gelebt wird, wie etwa: «Wir trauen den Jungen etwas zu! Unser Nachwuchs soll in den nächsten Jahren zu den gewählten Politikern gehören. Auf diesem Weg unterstützen wir sie!»

Kongress 2010

## Luzern als Mekka des Jungfreisinns

Am letzten Februarwochenende verwandelte sich Luzern in ein Mekka des Jungfreisinns: Die Jungfreisinnigen Stadt Luzern organisierten mit dem Kongress 2010 die Generalversammlung der Jungfreisinnigen Schweiz. Es wurde über politische Leitlinien bestimmt, ein neues Präsidium gewählt und mit FDP-Vertretern sowie Thomas Minder, dem Initianten der Volksinitiative «gegen die Abzockerei», hochkarätige Gäste empfangen.



### Andy Abächerli, JF Stadt Luzern

In einer Zeit, in der es zunehmend schwierig wird, Freiheit auszuüben, setzten sich über 200 Jungfreisinnige das Ziel, liberalen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Der Tendenz zu Verboten, Moratorien und zum Moralisieren soll Einhalt geboten werden. Dem Credo «Recht hat wenig Sinn, wenn es die Freiheit nicht schützt» entsprechend, lehnten die Jungfreisinnigen die beiden Vorschläge des Bundesrates zum Gesetz über die Suizidhilfe ab: Der Entscheid über Leben und Tod ist ein höchstpersönlicher und darf durch den Staat weder eingeschränkt noch ausgehöhlt werden. Weiter legten die Jungfreisinnigen ihre künftige Ausrichtung in der inneren und äusseren Sicherheitspolitik fest.

### Neue Präsidentin an der Speerspitze der liberalen Parteien

Die Jungfreisinnigen Schweiz wählten, aufgrund des Rücktritts Lena Schnellers, ein neues Präsidium. Gewählt wurde mit der Thurgauerin Brenda Mäder eine Präsidentin, die sich zum Ziel setzt, das Profil der Jungfreisinnigen Schweiz zu stärken: «Die Jungfreisinnigen sollen die Speerspitze der liberalen Parteien blei-

ben und gegen staatliche Bevormundung und Überregulierung kämpfen. Auch die Generationengerechtigkeit soll ein Fokus bleiben.» Brenda Mäder setzte sich durch gegen Philippe Nantermod, den Westschweizer Vizepräsidenten. Neben Philippe Nantermod wurde als zweiter Vizepräsident neu Daniel Consuegra aus Basel-Stadt gewählt.

### Fulvio Pelli: «Verdrängen Sie die Alten!»

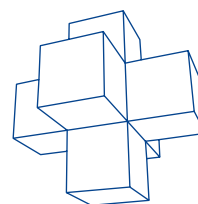
Nebst Referent Filippo Leutenegger erwies FDP-Präsident Fulvio Pelli dem versammelten Schweizer Jungfreisinn die Ehre. Fulvio Pelli sprach sich für eine Verjüngung der Politik aus: «Machen Sie den Alten klar, dass es ein Ende der Karriere gibt.» Ebenso forderte Fulvio Pelli die Jungfreisinnigen auf, sich einzusetzen für freiheitliche Ideen, auch wenn diese unter Druck geraten seien. Zu einer Podiumsdiskussion luden die Jungfreisinnigen den Initianten der «Initiative gegen die Abzockerei» Thomas Minder und FDP-Nationalrat Georges Theiler. Thomas Minder hatte sich zahlreichen kritischen Voten zu stellen. Seitens der Jungfreisinnigen wurde etwa darauf hingewiesen, dass die Aktionäre selbst, ohne Hilfe des

Staates, die Statuten den Forderungen der Initiative entsprechend ausgestalten könnten.

### Liberalen Ideen haben Zukunft

Mit einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm sorgten die Organisa-

toren für das Pflegen der Kameradschaft und den freisinnigen Zusammenhalt. Wenn es überhaupt noch eines Beweises bedurfte, lieferte ihn der Kongress 2010: Den liberalen Ideen gehört die Zukunft.



Anzeige

Hohe Energiekosten?  
Kein Badespass mehr?

**Marlin: Ihr Schwimmbad-Modernisierer.**

Alles über umfassende Pool-Modernisierung in Garten und Haus:  
[www.marlin.ch/modernisierung](http://www.marlin.ch/modernisierung)

Marlin AG · CH-6312 Steinhausen  
Tel. 041 741 44 45 · [service@marlin.ch](mailto:service@marlin.ch)

## Schulden müssen zurückbezahlt werden

Massenproteste, Rentenabbau, drastische Steuererhöhungen – die Rede ist nicht von einem Entwicklungsland, sondern von Griechenland. Was hat das aber mit der Schweiz zu tun? Nichts? Doch, sehr viel sogar!

**Markus Hutter, Nationalrat und Vizepräsident FDP. Die Liberalen**

Die Entwicklungen in einigen Staaten sind beunruhigend. Konjunkturprogramme entpuppen sich teilweise als gefährlicher Raubbau an der Zukunft: Wer über eine Abwrackprämie ein neues Auto kauft, wird in den nächsten Jahren keines mehr anschaffen. Vorgezogener Konsum und Investitionen fehlen in der Zukunft. Gleichzeitig rissen die Konjunkturprogramme riesige Löcher in die Haushaltskassen der Staaten. Dies führt zu einer noch höheren Staatsverschuldung.

Doch Schulden müssen zurückbezahlt werden. Einzelne Staaten werden noch über Jahre unter den fatalen Konsequenzen leiden. Massiv höhere Steuern, drastische Einsparungen und ein schmerzlicher Abbau des Sozialstaates sind die logischen Folgen. Das unsichtbare Damoklesschwert der Schulden bekommt ein reales Gesicht: Geld für Bildung oder Infrastruktur wird fehlen; in Griechenland wird die Mehrwertsteuer über Nacht drastisch erhöht und Renten werden gekürzt, teilweise fehlt das Geld für Medikamente. Schon jetzt sind die Auswirkungen der unverantwortlichen Politik der letzten Jahre sichtbar, und die Situation verschärft sich noch weiter.

### Standortqualität misst sich an erwarteter Entwicklung

Die Schweiz steht im europäischen Vergleich zurzeit hervorragend da. Sie kann trotz Krise Schulden abbauen. Es wird ein Bundesüberschuss erwirtschaftet. Das darf aber nicht zur Euphorie verleiten. Allein der Bund hat noch 111 Milliarden an unbezahlten Rechnungen. Das Damoklesschwert hängt zwar noch nicht direkt über unserem Staat, wir dürfen uns aber auch nicht in falscher Sicherheit wiegen.

Keine neuen Schulden machen und alte Schulden abbauen – dies ist gerade für ein kleines, unabhängiges

Land wie die Schweiz von grösster Wichtigkeit. Nur so können wir in Bildung investieren, in Infrastrukturprojekte, in sichere Sozialwerke – kurz: in unsere Zukunft. Dazu braucht es fiskalische Disziplin und eine klare Abfuhr an utopische Forderungen. Die Linken haben aber gerade dies noch nicht begriffen – im Gegenteil: Munter streben sie einen massiven Ausbau der staatlichen Ausgaben an.

Sie forderten im letzten Jahr 13 Milliarden mehr Geld für kurzfristige Projekte und nutzlose Konjunkturstützen. Hier gilt es entschieden STOPP zu sagen. Solche Forderungen verschlechtern die finanzielle Situation der Schweiz: Neue Schulden sind das Resultat. Das darf nicht sein. Schon Keynes wusste: Die Standortqualität eines Landes misst sich nach der erwarteten Entwicklung. Und die Standortqualität würde bei höheren Schuldendienst und bankrotten Sozialwesen ins Bodenlose sinken. So schliesst sich der Kreis: Gesunde Finanzen sind ein wichtiger Faktor für den Arbeitsplatz Schweiz, denn nur so kann seine Standortqualität garantiert werden.

### Massnahmen und Aktionen

Die FDP kämpft gegen unverantwortliche Ausgabenpolitik und leistet so einen wichtigen Beitrag für den Arbeitsplatz Schweiz. Bereits im Januar 2010 wurde auf die Verschwendungspolitik der SP aufmerksam gemacht. Dabei stellt die FDP ihre drei Säulen einer verantwortlichen Politik vor:

1. Konsolidierung des Bundeshaushalts durch Einsparungen von 2,5 Milliarden jährlich ab 2011 sowie konkretes Anpacken der Aufgabenverzichtsplanung.

2. Verbesserung der Schweizer Standortqualität durch die Vereinfachung und Senkung der Steuern, damit mehr Arbeitsplätze geschaffen und die Staatskasse gefüllt werden kann. Stichworte sind: Mehrwertsteuer-Einheitssatz von 5,5%, Steueranreize für



Das hochverschuldete Griechenland ist auf jeden Euro angewiesen.

BILD: KEYSTONE

Gebäudesanierungen, Abschaffung der Stempelsteuer. Vor dem Hintergrund, dass andere Nationen in den kommenden Jahren ihre Steuern massiv erhöhen müssen, kann die Schweiz mit einfacheren und tiefen Steuern ihre Standortqualität weiter verbessern und dem Arbeitsplatz die nötigen Vorteile für den internationalen Wettbewerb verschaffen.

3. Konsequente Reform der Sozialwerke, deren Fehlanreize gerade auch für Personen aus dem Ausland abzuschaffen sind. Das betrifft eine 11. AHV-Revision ohne Giesskannen-Abfederung, ALV-Reform gemäss Nationalrat sowie rasche 6. IV-Revision samt erweiterter Bekämpfung v.a. im Ausland missbräuchlich bezogener

Renten. Nur mit solchen Massnahmen kann verhindert werden, dass neue Schulden in den Sozialwerken entstehen und die bereits vorhandenen noch weiter wachsen. Sonst droht in Zukunft der Kollaps.

Neben dieser Dreisäulenpolitik hat sich die FDP auch dafür entschieden, weiterhin sowohl auf die ausufernden Forderungen der SP aufmerksam zu machen als auch der Öffentlichkeit die Zusammenhänge der Staatsverschuldung näherzubringen. Hierzu werden wir neue Wege beschreiten und die Bevölkerung direkter ansprechen. Wir freuen uns schon jetzt, Ihnen das Projekt «Stopp den Panzerknackern» in den kommenden Monaten im Detail vorzustellen.

## Ausschaffungsinitiative

**Probleme lösen oder Wahlkampfsuppe kochen?**

Für die FDP ist klar: Ausländer, die in unserem Land eine schwere Straftat begehen, haben keinen Anspruch auf Gastrecht mehr – sie gehören ausgeschafft. Die Ausschaffungsinitiative ist jedoch ein untaugliches Mittel. Unsere Partei hat darum im Ständerat erfolgreich einen direkten Gegenvorschlag lanciert, welcher die Mängel der Initiative bereinigt.

**Rolf Büttiker,**  
Ständerat *FDP.Die Liberalen Solothurn*

Die Ausschaffungsinitiative wurde vom Parlament als zulässig erklärt. Doch damit sind die Probleme der Initiative noch nicht gelöst, denn sie ist unausgereift. Insbesondere ihre Umsetzung kann weiterhin zu einem Konflikt mit dem Völkerrecht führen. Klar ist aber, dass wir an das Völkerrecht, speziell an das sogenannte zwingende, gebunden sind. An diese Vereinbarungen wollen und müssen wir uns halten. Die Ausschaffung krimineller Ausländer ist im Kern richtig. Aus diesem Grund hat sich *FDP.Die Liberalen* für einen direkten Gegenvorschlag entschieden.

**Völkerrechtskonform und griffig**

Gegen das Anliegen an sich lässt sich nichts einwenden. Im Gegenteil: Ausländer, die kriminell sind, verirken ihr Gastrecht. Die Konsequenz ist die Ausschaffung. Das ist weder unsolidarisch noch unmoralisch. Unser Gastrecht verlangt von fremden Menschen einen gewissen Anstand und Respekt vor den Gesetzen der Schweiz.

Der Gegenvorschlag der FDP bewirkt die Ausschaffung krimineller Ausländer, ist jedoch völkerrechtskonform. Zudem ist der Delikt-katalog besser, vollständiger und differenzierter. Zukünftig wird ausgeschafft, wer einen Mord, eine vorsätzliche Tötung, schwere Körperverletzung, Vergewaltigung, qualifizierten Raub, Geiselnahme, Menschenhandel, schweren Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz, ein schweres Vermögensdelikt, schweren Sozialhilfe- und Sozialleistungsmisbrauch, Brandstiftung oder eine andere mit einer Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bedrohte Tat begangen hat. Neben diesem Katalog erwähnt der Gegenvorschlag explizit die Konformität mit dem Völkerrecht und der Verfassung – für die FDP kommt nur ein solcher Vorschlag in Frage. Und drittens hat der Ständerat die liberale Forderung nach Integrationsbestimmungen im Verfassungsartikel übernommen.

**Entscheidung im Sommer**

Nach den mit der Unterstützung der CVP erfolgreichen Beratungen in der zuständigen Kommission im Ständerat und im Plenum der kleinen Kammer ist nun der Nationalrat am Zug. Hier wird sich zei-



Die FDP setzt sich erfolgreich für griffige Massnahmen gegen kriminelle Ausländer ein.

BILD: KEYSTONE

gen, welche Ziele die einzelnen Parteien wirklich verfolgen. Als Erstes ist die SVP gefordert. Mit dem direkten Gegenvorschlag liegt eine bessere Lösung auf dem Tisch: Will die SVP die Probleme mit kriminellen Ausländern rasch und effektiv lösen, muss sie jetzt ihre mangelhafte Initiative zurückziehen. Auf der anderen Seite kann die SP über ihren Schat-

ten springen und die vernünftige Regelung unterstützen.

Im Sommer werden die Karten im Nationalrat auf den Tisch gelegt. Dann sehen wir, welche Parteien an Lösungen für unsere Schweiz mitarbeiten wollen und wer wieder einmal bloss seine eigene Wahlkampfsuppe kocht.

Steuerstreit

## Staatsklage gegen Deutschland

### Weshalb der Kauf von gestohlenen Bankdaten keine Schule machen darf

**Doris Fiala, Nationalrätin (ZH), und Dr. Vera Delnon, Rechtsanwältin (ZH)**

Deutschland gab im Jahr 2008 öffentlich bekannt, es habe für den Erwerb von illegal erlangten Steuerdaten aus Liechtenstein 4,2 Mio. Euro bezahlt. Wenige Tage später riefen deutsche Regierungsvertreter zum Kampf gegen die «Steuroase Schweiz» auf und luden Bankangestellte ein, auch schweizerische Bankkundendaten über deutsche «Steuerhinterzieher» zu melden, es bestehe ein «massives Interesse». Darin liegt eine Aufforderung zur Begehung von schweren Straftaten gegen Bezahlung von Bestechungsgeldern – u.a. Spionagedelikte bzw. Staatsschutzdelikte wie Wirtschaftlicher Nachrichtendienst und verbotene Handlungen für einen fremden Staat.

Eine Person aus der Schweiz hat den deutschen Behörden daraufhin il-

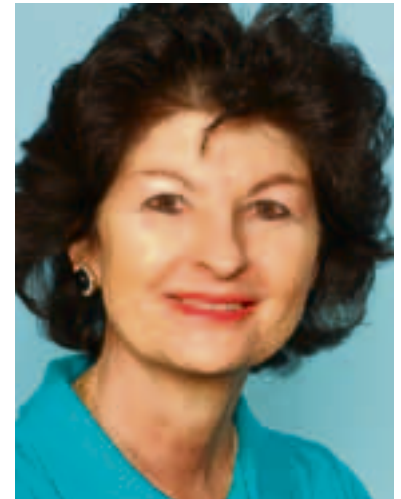
legal erlangte Bankkundendaten für 2,5 Mio. Euro ausgeliefert. Gemäss eigenen Angaben soll Deutschland bereits den Ankauf weiterer gestohlener Bankdaten prüfen. Diese Daten werden – wie seit der Liechtensteiner Steuerdaten-Affäre bekannt – für die Eröffnung und Durchführung von Strafverfahren gegen Steuerpflichtige in Deutschland verwendet. Deutsche Regierungsvertreter halten ihr Vorgehen für zulässig, während die Schweiz gegen die massiven Rechtsverletzungen vorgeht. Möglich ist u.a. eine Staatsklage, d.h. eine Klage der Schweiz gegen Deutschland beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag wegen mehrfacher Verletzung des Völkerrechts.

#### Interpellation eingereicht

Eine namhafte Zahl von Freisinnigen, nationale und kantonale Vertreter und Vertreterinnen, setzen sich nun dafür ein, an den Internationalen Gerichts-



Doris Fiala



Vera Delnon

hof zu gelangen. Dieser soll klären, wie wir künftig als Nationen miteinander umgehen sollen. Mit einer Interpellation forderten wir vor zwei Wochen den Bundesrat auf, eine Staatsklage gegen Deutschland einzureichen, – wegen Verletzung der Uno-Charta – wegen Verletzung der Uno-Menschenrechtspakete I und II – wegen Verletzung des Strafrechtsübereinkommens – wegen Verletzung des Doppelbesteuerungsabkommens – wegen Verletzung des Europäischen Rechtshilfeabkommens

Auch eine schwere Wirtschaftskrise und leere Staatskassen rechtfertigen das Verhalten Deutschlands in unseren Augen nicht.

#### Bundesrat Merz stärken

Nach der Frühlingssession kommt der Zeitpunkt für eine erste Zwischenbilanz: Die Interpellation wurde von insgesamt 71 Parlamentariern aus der FDP und anderen Parteien unterzeichnet und eingereicht. Dies ist ein grosser Erfolg. Es zeigt sich: Dies ist ein parteiübergreifendes Anliegen.

In Deutschland gibt es zusätzliche Unterstützung: So hat im Vorfeld bereits der Vorstand der Berliner Strafverteidiger erklärt, dass der Kauf der Daten-CD illegal sei. Auch der Minis-

terpräsident Baden-Württembergs, Stefan Mappus (CDU), hat den Kauf aus rechtlichen Bedenken abgelehnt.

Währenddessen legt sich Bundesrat Leuenberger quer: Er erklärte, dass der Bundesrat das Anliegen der Interpellation nicht teilt. Hier stellt sich die Frage, wie er die Meinung des Gesamtbundesrats kennen kann, wenn das Geschäft noch gar nicht auf der Traktandenliste des Bundesrates gestanden hat. Die Regierung hatte noch gar nicht die Möglichkeit, eine solche Staatsklage genau zu prüfen. Doch gerade für sie ist die Umsetzung dieser Interpellation von grossem Nutzen, denn sie stärkt die Position von Bundesrat Merz in den bevorstehenden Verhandlungen.

Auch die Bevölkerung kann das Anliegen aktiv unterstützen: Eine E-Petition, welche jede Frau und jeder Mann unterzeichnen kann, ist unter [www.staatsklage.ch](http://www.staatsklage.ch) verfügbar.



Die Streitigkeiten zwischen Deutschland und der Schweiz müssen geklärt werden.

BILD: KEYSTONE

## Regierungsreform

**Stärkere Führung im und durch den Bundesrat erwünscht**

Das am 15. März der Öffentlichkeit vorgestellte Positionspapier fasst den seit Jahren immer wieder manifestierten Willen der *FDP.Die Liberalen* zur Erneuerung unserer Staatsleitung zusammen.

**Kurt Fluri, Nationalrat und Stadtpräsident, Solothurn**

Primär geht es uns dabei um eine Stärkung der politischen Führung. Die Steigerung der Handlungsfähigkeit unserer Regierung und der Konkordanz wird zum zentralen Gebot – sie wird in der Öffentlichkeit nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise vehement gefor-

dert. Durch eine Reform soll die Regierung ohne dauernde operative Überlastung der strategischen Regierungspolitik im Sinne von Art. 180 unserer Verfassung Vorrang vor der Departementspolitik einräumen können.

**Kontinuität in der Aussenpolitik**

Zu diesem Zweck schlagen wir eine Verstärkung des Bundespräsidiums durch die Verlängerung der Amtsdauer

auf 2 Jahre, verbunden mit einer Wiederwahlmöglichkeit, vor. Während sich nämlich für die Innenpolitik das Prinzip des «primus inter pares» grundsätzlich bewährt hat, reicht es für die Aussenpolitik nicht mehr. Die Bundespräsidentin bzw. der Bundespräsident muss im Ausland als solche bzw. als solcher wahrgenommen werden können. Der Aufbau persönlicher Beziehungen und die Kontinuität der aussenpolitischen Arbeit sind angesichts der zunehmenden Verflechtungen mit dem Ausland unabdingbar. Deshalb machen wir auch den Vorschlag, das Bundespräsidium jeweils mit der Führung des Departementes des Äusseren zu verbinden.

Als relativ «revolutionäres» Element schlagen wir zudem vor, dass die Kompetenzen des Bundespräsidiums insofern zu erweitern sind, als ihm ein Koordinations- und Weisungsrecht in Verfahrensfragen gegenüber seinen Kollegen zuzugestehen ist, welches der Umsetzung einer strategischen Regierungspolitik dienen müsste. Das Weisungsrecht umfasst keine materiellen politischen Entscheide, sondern soll die Möglichkeit des «Agenda-Settings» zulassen. Die Festlegung der prioritären Geschäfte und einer aufeinander abgestimmten Kommunikation sind unseres Erachtens dringend notwendig, um den Bundesrat als einheitliches und in strategischen Fragen geeintes Kollegium und nicht als Gruppe von sieben Departementsvorstehern auftreten zu lassen.

Die am 25. März vom Bundesrat vorgestellte Staatsleitungsreform geht weniger weit. Sie sieht zwar auch das zweijährige Bundespräsidium vor und will ähnlich wie wir auch zusätzliche Staatssekretäre zur Entlastung der Departementsvorsteher zulassen. Das Projekt des Bundesrates nimmt jedoch leider die Möglichkeit der Wiederwahl des Bundespräsidiums für eine zweite zweijährige Periode und vor allem auch dessen Führungskompetenz in-

nerhalb des Kollegiums nicht auf. Ein zweijähriges Bundespräsidium bringt aber nur dann im Sinne einer verbesserten strategischen Führung Fortschritte, wenn es eben über die genannten Kompetenzen verfügen kann. Sonst bleibt es einfach 2 Jahre lang beim heutigen Zustand, in welchem jedes Exekutivmitglied in seinen departementalen Strukturen und Vorstellungen haften bleibt.

**Volkswahl: Sprengstoff für die Kollegialität**

Einig sind wir mit dem Bundesrat wiederum darin, dass eine Erweiterung des Kollegiums dessen Führung ohne noch stärkere Ausrichtung auf das Bundespräsidium schwieriger machen und damit der hinter unseren Vorschlägen steckenden Absicht schaden würde. Mit dem Bundesrat sind wir uns weiter einig, dass eine Volkswahl des Bundesrates schlecht wäre, weil eine solche die persönliche Profilierung im Wahlkampf erfordert und damit Sprengstoff für die spätere kollegiale Zusammenarbeit wäre. Ferner hätte eine Volkswahl zwangsläufig den Hang zum Populismus zur Folge. Einen quasi ständigen Wahlkampf können wir uns aber in Anbetracht der zahlreichen auf strategischer Ebene zu lösenden Probleme nicht leisten.

## Neue Mitarbeiter

**Neue Köpfe im Generalsekretariat****Die Wahl Didier Burkhalter in den Bundesrat bewirkt Personalwechsel in der Parteizentrale**

Der im September gewählte Bundesrat Didier Burkhalter vertraut auf bewährte Mitarbeiter des Generalsekretariates. So hat er bereits im letzten Jahr den bisherigen Kommunikationschef Damien Cottier und den Fraktionssekretär Jon Fanzun zu persönlichen Mitarbeitern berufen. Auch Philipp Gubler (politischer Sekretär) und Samuel Lanz (Mitarbeiter Kommunikation) wechseln in die Verwaltung. Wir danken allen ganz herzlich für Ihren Einsatz!

**Ein weiterer Romand**

Auf die Position des Kommunikationschefs rückt der bisherige Pressesprecher Noé Blancpain nach. Seit dem 1. April ist Julien Chavaz neuer Fraktionssekretär der FDP-Liberalen.

Der in Villars-sur-Glâne (FR) wohnhafte Romand ist 27 Jahre alt. Er absolvierte ein Studium in Agrar- und Ressourcenökonomie an der ETH Zürich. Seit Februar 2008 war Chavaz wissenschaftlicher Mitarbeiter im Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. Er ist zudem seit 2006 Vizepräsident

der *FDP.Die Liberalen* des Kantons Freiburg.

Iris Alexandra Grob stiess als neue politische Sekretärin zu uns. Sie studierte an der Universität Zürich Wirtschaft und hat bei Avenir Suisse und economiesuisse in Brüssel erste Erfahrungen gesammelt. Als neuer politischer Sekretär konnte zudem Luc Bastian gewonnen werden. Der Waadtländer studierte Recht in Bern und arbeitete als parlamentarischer Assistent von Nationalrat Claude Ruey.

**Verstärkung für die Kommunikation**

Ausserdem stiess Luzius Müller als neuer Webmaster und Nachfolger von Jürg Burkhalter zur FDP. Das IT-Allroundtalent arbeitete zuletzt im Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements des Inneren. Mit dem Praktikanten Arnaud Schaller, der im Herbst sein Kommunikationsstudium in Freiburg abschliessen wird, konnte die FDP zudem eine kompetente Unterstützung für die Kommunikation in der Romandie gewinnen.

**Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!**

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

**Anfragen unter:**

*FDP.Die Liberalen Schweiz*, Redaktion «Schweizer Freisinn», Neuen-gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 35

# HARMONIE

MGB www.migros.ch JMB/AMT/Immat



Dieses Zeichen garantiert frische, biologische Produkte aus nachhaltigem Anbau. Mit unserem Bio-Programm fördern wir eine naturnahe Landwirtschaft mit ausschliesslich natürlichen Hilfsstoffen und sanftem, vorbeugendem Pflanzenschutz. So entstehen schmackhafte Produkte im Einklang mit der Natur. Mehr zu Bio finden Sie unter [migros.ch](http://migros.ch)

**MIGROS**  
Ein M besser.